

Der Textil-Arbeiter

Vereinzt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wogegen noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1070.

Inserate pro 3 gespaltene Zeitzeile 2 Mk. — Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Schmitz,
Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 107000 Exemplare

Inhalt:

Das Schleifsteingesurre der schlesischen Schärmacher. — Christlicher Industrieverbund. — Unsere rheinische Tante ist auf dem Industriepfad. — Eine Arbeitsgräberausprägung. — Zur Lohnbewegung in Landesdienst. — Streitfälle durch die Arbeitsfelder berüttelten Textilindustrie. — Die Baumwollkultur in Afrika. — Die bayerischen Landtagswahlen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Bayerns. — Die Schwindsucht. — Die Maister. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Aus dem Reichstage. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Unternehmertreinen. — Aus Handel und Industrie. — Fachtechnische Importen aus der Provinz aus unserem Kreis. — Vermögens- — Missstände im Textilgewerbe. — Deyo's des aufrüters et aufrüters de la branche textile. — Briefe aus Sachsen. — Briefe aus Sachsen-Anhalt. — Belanntnachungen. — Totenliste. — Streitfallstaat. — Verhandlungskalender. — Outfitting. — Anzeigen. — Feuilleton; Fachgewerbliche Mundschau. — Wirtschaftliche Mundschau.

Das Schleifsteingesurre der schlesischen Schärmacher.

Wo alles liegt, was im Dienste des Kapitals steht, um das arme Volk zu unterjochen, da kann sich natürlich auch das Organ der Grafen und Kommerzienräte, das reaktionäre aller Schärmacherblätter, die „Schlesische Zeitung“, nicht von diesem wenig läudlichen Tun ausschließen. Im Gegenteil: dieser Schleifstein scheint, wahrscheinlich aus dem Umstand, daß das preußische Wappenstein jetzt seine Firma zierte, die Unwichtigkeit auf das Recht herzuheben, im Übergang und im Verdrücken der Fabriken den Arbeitsschlägen zu müssen. Wenngleich können wir uns eine andere Urtat — außer der natürlich den Interessen des Kapitalismus zu dienen — für die Entstehung und gehässigen Gegebenheiten, die sich die genannte Zeitung in der Morgenszeit ausgab, der Nr. 274, vom 20. April 1907, gegen die schlesischen Textilarbeiter leistete, nicht denken.

Den Textilarbeitern, und nicht nur denen in Schlesien, ist natürlich bekannt, daß sie von dem Sprachrohr der ostdeutschen Brothuerher und Schnapsbrenner nichts besseres zu erwarten haben. Es gehört zum feudalen Handwerk der reaktionären „Schlesier“, sich auf die Seite der Ungerechtigkeit zu stellen und die Gerechtigkeit zu begießen.

So geschah es auch wieder bei der Aussperrungsandrohung im Gürtengebiete.

Zu der schon bezeichneten Nummer der „Schlesischen Zeitung“ vom 20. April er, erschien ein langer Artikel, den nur dumme Vorurtheil und Unkenntnis dictieren haben kann.

Es heißt dort unter anderem:

„Die Arbeiter der Firma W. Biehr in Langenbielau, bei der die Massenkündigung erfolgt ist, hatten eine Lohnerhöhung, einzelne Verbesserungen in sanitäts- und gewerbepolizeilicher Hinsicht, sowie Anerkennung der Organisation (des genannten sozialdemokratischen Verbandes) verlangt. Diese Anerkennung ist entschieden verworfen worden; die gewünschten sanitären und gewerblichen Verbesserungen wurden zugestanden, begegen mußte die Forderung auf Lohnerhöhung zurückgewiesen werden, da in den letzten Jahren und auch erst noch im vorigen Herbst Lohnzugehörnisse unter Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden erfolgt sind, so daß die Löhne für die Färberarbeiter meistens höher sind, als im ganzen schlesischen Industriebezirk. Zu bemerken ist, noch, daß die Färberarbeiter zum großen Teil gar keine gelehnten Färber sind, sondern nur Tagearbeiter, die zu den nötigen Handgriffen und Verrichtungen erst herangebildet werden müssen.“

Was nun zunächst die Anerkennung der Organisation an betrifft, so hat die Verweigerung der Anerkennung gezeigt, daß es nichts anderes wie eine irreführende Heuchelei war, wenn bei der Gründung des Verbandes schlesischer Textilindustrieller gestattet wurde, das Koalitionsrecht der Arbeiter sollte vollkommen anerkannt werden. Als die schlesischen Textilindustriellen am 2. Februar 1904 im kleinen Börsessaal in Breslau die Gründung des Unternehmerverbandes beschlossen, da wurde ganz besonders betont, daß man an die Stelle des Kampfes möglichst Vertrauen zwischen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkoalition, als zwei ebenbürtigen Gegnern, treten lassen wolle. Und der Syndikus des schlesischen Textilindustriellenverbandes, Herr Rechtsanwalt Dr. Neisser in Breslau, der auch zugleich im Ausschuß der Gesellschaft für soziale Reform glänzt, er war es, der am 9. Februar 1904 in einer Rednung in Breslau sagte, er habe die Stellung als Syndikus des Arbeitgeberverbandes deshalb nicht gefündigt, weil es ihm gelungen sei, im Verband der Textilindustriellen den Anschluß über das Koalitionsrecht der Arbeiter, sowie deren Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern zum Siege zu verhelfen.

Weiter sagte Herr Dr. Neisser, er wolle bestehen, daß Unternehmerverbänden bleiben, um bei Streitigkeiten mit den Arbeitern den Vermittler zu spielen und dem sozialen Frieden zu dienen.

Sonst damals, und zwar in der Nr. 9 des „Textilarbeiters“ vom 26. Februar 1904, gaben wir unserm Zweifel Ausdruck darüber, ob auch das Unternehmertum eine solche Bestätigung wie sie Herr Dr. Neisser als ideal-borgmäßige, auffinden würde.

Bei dem Unternehmertum in unserem Krautlande — so liegen wir damals — war mehr, wie diese kleine Sumpf- in den Tälern Schlesiens über Saubirke von Arbeitern und Arbeit-

terinnen herrschen, der hat alle Ursache, nicht allzuviel Wert auf diese Ercheinungen zu legen.“

Und die Textilarbeiter haben uns recht gegeben. Die „Schlesische Zeitung“ natürlich findet diese Heuchelei ganz in der Ordnung. Sie heuchelt ja eine hervorragende Eigenschaft der „wachhaben“ patrioticen Leute, weshalb es niemand wundernehmen wird, wenn auch die „Schlesische Zeitung“ ganz und gar in dieser Eigenschaft aufgeht.

Für die Arbeiterklasse liegt heute die Situation vollständig klar. Die heuchlerische Fraze, welche sich der Verband schlesischer Textilindustrieller bei seiner Gründung angelegt hatte, liegt jetzt offen auf dem Boden, und die Textilarbeiter haben aus den letzten Begebenheiten erschen, daß die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung im Arbeitsverhältnis nicht von den schönen Augen des Schriftführers der Gesellschaft für soziale Reform und noch viel weniger von den schönen Worten des Syndikus des Verbandes schlesischer Textilindustrieller, Herrn Rechtsanwalt Dr. Neisser, sondern davon abhängt, daß sie ihre Organisation zu einer achtung gebietenden Macht ausbauen.

Die Schleifsteingesurre der „Schlesischen Zeitung“ haben den Arbeitern durch ihr Schleifsteingesurre gezeigt, was ihrerwartet, wenn sie sich nicht bald eine solche achtunggebietende Macht schaffen. Nicht nur, daß das „edle“ Organ es über sich brachte, die so berechtigten Wünsche der Arbeiter in unberechtigte umzulügen, es schreibt gar nicht im geringsten davon zu tun, die schlesischen Textilarbeiter der Faulheit zu beschuldigen.

Man muß die anmaßende Unverantwortlichkeit des Junkerorgans hören, mit welcher es die Forderungen der Arbeiter beschreibt, um sich einen Begriff machen zu können von dem mehr wie sammervollen sozialpolitischen Geist, welcher in der Umgebung dieser Provinz ausgedehnt ist.

Die gewünschten sanitären und gewerblichen Verbesserungen wurden zugestanden, sagt das Blatt mit dem preußischen Wappen. Es ist demnach anzunehmen, daß man es in jenen Kreisen den Unternehmern noch als ein besonderes Verdienst anrechnen will, wenn sie nach mehr denn 20 Jahren „segensreicher“ Sozialpolitik, und das auch erst auf Drängen der organisierten Arbeiterschaft, sanitäre Einrichtungen schaffen durch welche die Gesundheit der Arbeiter in den Färberverein benötigt etwas geschützt wird.

Der Schwund, der in den Kreisen der Grafen und Kommerzienräte mit der bürgerlichen Sozialpolitik getrieben wird, kann wirklich nicht besser charakterisiert werden, wie durch dieses Her vorheben der zugestandenen sanitären Verbesserungen.

Das zu tun, was hier an sanitären Verbesserungen zugestanden wurde, war einfach die verdamte Pflicht und Schuldigkeit der Unternehmern; das hätten sie längst tun sollen, und wenn sie es dennoch erst taten, nachdem die Organisation der Arbeiter zum äußersten Schritt, so beweist das eben wieder, wie dringend notwendig eine gute Organisation der Arbeiter ist.

Doch sehen wir uns nun einmal die Gründe an, welche das fühlende Organ der Lebensmittelwucherer für die Zurückweitung der geforderten Lohnerhöhung angibt.

Dass die Fabrikanten die geringe Lohnerhöhung etwa aus Gründen der Konkurrenz nicht bezahlten könnten, davon stand niemals etwas in einer ihrer Rundschreibungen, und selbst der schlesische Schleifstein weiß das nicht zu behaupten, sondern er sagt nur, daß dies nicht geschehen konnte, weil angeblich die Löhne der Färberarbeiter höher seien, als die Löhne im ganzen schlesischen Industriebezirk! Die beantragte Lohnerhöhung wurde also abgelehnt, weil die Löhne der Arbeiter im ganzen schlesischen Textilindustriebezirk noch erträglicher sind, als wie diejenigen der Langenbielaer Färberarbeiter. In der Tat, wenn auch keine Neuigkeit, so doch ein außerordentlich merkwürdiges Zugeständnis; ein Zugeständnis, dessen Wirkung noch erhöht wird, indem es, wohl zur Entschuldigung der geringen Färberlöhné, heißt:

„Du bemerkst ist, daß die Färberarbeiter zum großen Teil gar keine gelehnten Färber sind, sondern nur Tagearbeiter, die zu den nötigen Handgriffen und Verrichtungen erst herangebildet werden müssen.“

Was ist denn die zwingende Logik dieser Bemerkung? Nun, es ist das weitere Zugeständnis, daß die Textilarbeiter des schlesischen Industriebezirks, also auch die gelehnten Arbeiter, einen geringeren Lohn aufzuweisen haben, wie ungelerte Tagearbeiter. Wenn wir deshalb vor einigen Jahren einmal sagten, daß es — ausgenommen die Sklaven der ostdeutschen Landarbeiter — keine Arbeiterkategorie nicht geben werde, welche gleich niedrige Löhne aufzuweisen habe, wie die schlesischen Textilarbeiter, so wird das jetzt von dem schlesischen Schärmacherorgan bestätigt. Unsere Kollegen in Schlesien werden von dieser Behauptung bei ihrer weiteren Agitation gewiß den ausgiebigsten Gebrauch machen.

Nun besteht aber das feudale Blatt, die junfern Unverantwortlichkeit, die schlesischen Textilarbeiter indirekt der Faulheit zu beschuldigen.

Es heißt der nämlich im weiteren Verfolg des Artikels:

„Nun ist der Lohnarif des Meissenbacher Industriebezirks für Weber, Spülere usw. außerordentlich hoch, was auch von Industriellen anderer Gegenden zugestanden werden und durch Vergleichung der Tarife mit denen anderer Industriebezirke am Rhein, in Süddeutschland, in Württemberg festgestellt worden ist. Wenn die Arbeiter trotzdem weniger verdienten, als die Textilarbeiter in anderen Industriebezirken, so liegt das lediglich an ihrer geringen Leistungsfähigkeit.“

In anderen Gegenden will man auch von den Meissenbacher Langenbielaer Arbeiter nicht viel wissen, weil sie eben zu wenig tüchtig sind und es verhindern sich dort Arbeiter bei viel niedrigeren Arbeitslohn ein viel höheres Wochenlohn.

Die Arbeitszeit beträgt jetzt 10 Stunden, für Frauen, die mittags eine halbe Stunde früher entlassen werden, 9½ Stunden.

Die Arbeitszeit beginnt früh um 7 Uhr, und das ist am Ende

Minuten bis eine Viertelstunde, die als letzter Termin zum Eintreten freigegeben ist. Der größte Teil bringt sich dann noch den Morgenstunden mit, frühstückt erst, und es vergeht wieder gereime Zeit, ehe an den Anfang der Arbeit gedacht wird.

Mittags, obwohl nur von 1 bis 6 Uhr gearbeitet wird, wird wieder noch, wenn auch nicht offiziell, eine Werkpause eingelegt, und während der Werkzeit findet nicht das richtige ausdauernde Arbeiten statt, denn die Leute gehen von dem Gewind aus; wir brauchen nur das zu verdienen, was wir zum Leben brauchen, und mehr ist nicht nötig.

Was die Arbeiter leisten können, wenn sie wollen, sieht man an einzelnen Ausnahmen, und wenn Feiertage, Feste usw. feiern oder Weihnachten in Aussicht sind, dann ist das ausgezahlte Arbeitslohn in reichlich vier Tagen so groß wie sonst in sechs Tagen.“

Zunächst ist es objektiv unwahr, daß der Lohnarif des Meissenbacher Industriebezirks außerordentlich hoch sei; diese Behauptung ist lediglich die subjektive Meinung der „Schlesischen Zeitung“ und ihrer kommerziellrätschen Hintermänner. Godann aber zeigt diese Behauptung wieder einmal, in welcher Weise die Daseinstlichkeit irreguliert wird.

Das Blatt wagt nicht wörtlich zu behaupten, daß der Tarif des Meissenbacher Industriebezirks höher sei, oder auch nur dieselbe Höhe erreiche, als wie die Tarife anderer Industriebezirke, — das Gegenteil davon könnte ihm sehr leicht nachgewiesen werden —, sondern es sagt nur, daß durch Vergleich mit den Tarifen anderer Industriebezirke festgestellt worden sei, daß der Meissenbacher Industriebezirk einen außerordentlich hohen Tarif habe. Damit ist zwar gar nichts gesagt, denn was hier als außerordentlich hoch bezeichnet wird, ist lediglich in das subjektive Gemessen der Unternehmer gestellt, aber trotzdem ist es der Zweck dieser Bemerkung, bei dem sachfundigen Leser die Meinung auszuüben, daß die Löhne der Textilarbeiter im Gürtengebiete höher seien, wie die Löhne der Textilarbeiter am Rhein und in Süddeutschland.

Godann aber legen wir namens der schlesischen Textilarbeiter nachdrücklich Protest ein gegen die dreiste Unterstellung, die Arbeiter könnten ein Drittel mehr produzieren wie jetzt, wenn sie nur wollten. Denn wenn das Blatt sagt, daß die Arbeiter leisten können, wenn sie wollen, das können man an einigen Ausnahmen, an Ostern, Pfingsten und Weihnachten sehen, wo in vier Tagen soules verbient werde wie in sechs Tagen, so ist das eine Argumentierung, die zwar nicht beweist, daß die schlesischen Textilarbeiter faul sind, sondern die nur beweist, daß derzeitige, der diese Argumentation niederschreibt, sein Lebtag noch nicht regelmäßig gearbeitet hat, sondern es selber immer vorzog, sich auf die faule Bärenhaut zu legen und andere für sich arbeiten zu lassen.

Es ist eine jedem Wollwirtschaftler bekannte Tatsache, daß alle Menschen, welche überhaupt arbeiten, aus besonderen Anlässen ihre Willens- und Arbeitskraft einmal vorübergehend über das normale Maß hinaus zu steigern vermögen; aber die Arbeitskraft im Durchschnitt auf dieser gesteigerten Ausnahmleistung zu erhalten, das ist unmöglich, denn dazu ist erforderlich, daß der Körper auf die dauernde Vergabe der zu der gesteigerten Ausnahmleistung erforderlichen größeren Kraftentfaltung veranlaßt ist. Das ist aber bei den schlesischen Textilarbeitern nicht der Fall. Die Jahrhundertelange, von Generation auf Generation vererbte schrankenlose Ausbeutung durch das Kapital hat die schlesischen Arbeiterbevölkerungkörperlich degeneriert. Eine solche in der Körperkraft begrimzte Arbeiterschaft ist dann natürlich nicht in der Lage, dasselbe zu leisten, wie eine Arbeiterschaft, welche mit ihren Vorfahren einer weniger stulpelosen Ausbeuterfürschaft unterworfen war.

Wir raten dem Schmod der „Schlesischen Zeitung“, wenn er vom Arbeiten nichts vorstellt, sich wenigstens einmal auf den Hosenboden zu setzen, den amtlichen Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion vom Jahre 1898 zur Hand zu nehmen und darin zu lesen, was der verstorbene Fabrikinspektor Wörishoffer über die Ernährung und die dadurch bedingte Leistungsfähigkeit der Arbeiter schrieb. Wörishoffer sagt in dem Bericht:

„Wie wichtig eine gute Ernährung für die Leistungsfähigkeit der Arbeiter ist, sieht man erst dann mit aller Deutlichkeit, wenn Arbeiter von düfflicher Ernährung in eine Fabrikarbeit eingehen, die etwas mehr körperliche macht. So zog eine Fabrik Arbeiter aus Industrielosen und armen Gegenden des Odenwaldes herbei. Sie waren meistens aus Fürstlichem Erzährrungsgau stammend und zeigten sich für die an sich nicht gerade schwere Arbeit nicht ausdauernd genug. Die Erwartung, daß sich dies bei dem höheren Verdienste und der damit verbundenen reichsleider und kräftigeren Ernährung bessern werde, ging nicht in Erfüllung. Die Folgen der zu düffigen Ernährung in der Jugend konnten nicht beseitigt werden.“

Diese Feststellung ist eine schallende Ohrfeige für die „Schlesische Zeitung“ und ihre kommerziellrätschen Hintermänner. Denn wenn es wahr ist, daß die Leistung der schlesischen Textilarbeiter hinter der Leistung des Arbeiters in den anderen Textilindustriebezirken Deutschlands zurückbleibt, so trägt dasfür einschließlich und allein das Unternehmertum die Schuld. Nicht die den Arbeitern vorgeworfene Faulheit, sondern die beispiellose, Jahrzehnte hindurch betriebene Ausbeutung der Arbeiter durch das profitierende Kapital hat diese Kinderproduktion herbeigeführt. Über will etwa die „Schlesische Zeitung“ die Dreistigkeit verschleiern, daß die Verhältnisse im schlesischen Gürtengebiete ebenso liegen, wie im Odenwald. Sollte sie diese Dreistigkeit verschleiern, dann raten wir ihr, sich einmal die amtlichen Protokolle über die Untersuchungen der Polizei der schlesischen Weber oder den Inhalt der öffentlichen Anträge anzusehen, jener Anträge, welche in den Jahren 1890/91 zur Besserung der Hungersnot unter der schlesischen Weberbevölkerung erlassen wurden und in denen es unter anderem hieß, daß die Körperfunktion der Weberbevölkerung schon weitversiegangen sei, daß es keine geben, in denen schon seit Jahren kein leistungsfähiges mehr gefunden wurde.

Die Angehörigen jener Generationen, für welche damals in dem Aufschwung gesammelt wurde, stehen heute im Frontensturm des geschäftlichen Textilkapitals, und wenn die „Schlesische Zeitung“ diese von frühestem Jugend an zum Hungern und Darben verurteilte Arbeiterschaft, die dank der gegenwärtig noch geübten Hungersonne die äußerste Anspannung der Körperkräfte vornehmen muss, um nur das notwendigste zum Leben zu verdienen, in indirekter Weise der Fausthülle beschuldigt, so gelingt diese Beschuldigung nur den hohen Grad anmauernder Dreistigkeit — um kein schärferes Wort zu gebrauchen —, zu dem sich die Proletarierorgane empörerwöhnen haben.

Vielleicht erkennt sich der Schmuck der „Schlesischen Zeitung“, wenn er von den Arbeitsverhältnissen nichts versteht, einmal bei einem der jungeren Arbeitgeber. Der wird ihm sagen können, dass ein Pferd dessen Vorfahren Generationen hindurch als schlechtesten Nachkommen ihres Stabes fristen mussten, niemals ein auch nur eingeschränkt ausdeinernder Neuer werden wird.

Ein weiterer Vorwurf wird den Arbeitern daraus gemacht, dass sie des Morgens um 7 Uhr nicht „gefrühstückt“ zur Arbeit kommen und nicht die 5 Stunden bis Mittag, ohne einen Bissen zu essen, durcharbeiten. Hier trifft so richtig die zur Unzucht gewordene Praktikum des Textilkapitals in Erfahrung. Der Magen des Menschen ist doch nicht zu vergleichen mit dem Reservoir einer Maschine, in welches man zu einer feststehenden Stunde das zur Erzeugung der Energie erforderliche Material hineinschütteln kann. Der ist doch vor allen Dingen die natürliche, den verschiedensten Wechselseitlichkeiten unterworfenen Veranlagung des Körpers ausschlaggebend; ferner ist dann hier noch zu berücksichtigen die mehr wie frugale Naturhaltung — Bierkrüppelwasser und Brot —, aus welcher das Frühstück des Arbeiters in Schlesien besteht. Es ist eine alte Erfahrungstattheit, dass sich in der Regel des Morgens kein so großer Appetit einstellt, um eine Nahrungsmenge aufzunehmen zu können, die, und Brot bestehend, ausreichte, um dem Körper bis zur Mittagspause die nötige Energie zu erhalten. Dieser Appetit zum Essen findet sich gewöhnlich erst nachdem der Körper eine oder zwei Stunden lang Energie ausgegeben hat. Gott nur der Körper nicht geschwächt und die Gesundheit des Arbeiters nicht erheblich geschädigt werden, so auch der Arbeiter, wenn sich zu einer Zeit, wo er noch zwei bis drei Stunden arbeiten muss, die Mittagspause einstellt, der Hunger einsetzt, etwas essen können, und es genügt von einer unglaublichen Beschränktheit — wenn es nicht bloß ist — dem Arbeiter genügen oder ihn gar zwingen zu wollen, Stundenlang mit hungrigem Magen zu arbeiten.

Zweitlich, würde den Textilarbeitern das tägliche Menu der Fabrikanten zur Verfügung stehen, dann würde ja die Frühstück ein so ausgeprägte Schwäche sein, dass sie es am Morgen auch ohne großen Appetit einnehmen könnten. Über die Hintermänner der „Schlesischen Zeitung“, die so gut wie gar nicht arbeiten, sondern deren Tätigkeit nur in der Sorge die fachgemäße Pflege ihres sich „angefrühstückten“ Mäntelchen steht und die sich sehr häufig ein Frühstück leisten, welches weit mehr kostet, wie der Betrag ausmacht, den die Textilarbeiter für die Arbeit einer ganzen Woche an Lohn bekommen — sie haben ja keine Vorstellung davon, in welcher körperlichen Verfassung sich ein Arbeiter befindet, der in den schlechten Fabrikruhe stundenlang mit hungrigem Magen arbeiten soll.

Das realitätsnahe Geschwafel des Hinterlasses zeigt uns, welche Nutzen der deutschen Textilarbeiterstand hat, wenn es den feudalen und industriellen Baronen, den Grafen und Kommerzienräten gelingen sollte, die Arbeiterschaft an die Wand zu drücken. Wie weit der Provinzherr der heutigen christlichen Gewissens des Unternehmers in empirisch Gewissenlosigkeit verwandelt hat, dafür haben die Vorgänge der letzten Zeit Bezeugnis abgelegt. Das ist und muss natürlich ein Grund mehr dafür sein, keine Wohlfeigkeiten auszumachen zu lassen, sondern die Werkbrettmelal zur Stärkung der Organisation um so energischer zu rufen.

Denn wenn sich das Unternehmertum solche Überzeugungen, wie sie in der letzten Zeit vorgekommen sind, ungestraft leisten kann, so liegt das keineswegs an der Unzweckmäßigkeit des organisatorischen Gedankens, sondern daran, dass die Organisation des Kapitals zurück noch stärker ist wie die Organisation der Arbeit. Daraus ergibt sich aber von selbst die Notwendigkeit zu verdoppelter Tätigkeit, damit recht bald die Organisation der Arbeit stärker ist wie die Organisation des Kapitals.

Christlicher Reichsligenverband.

Die Vorberichten, welche der Reichsligenverband des Kaffernkörpers eingeholt hat, scheinen den Reiz der Matador vom christlichen Textilarbeiterverband ganz beträchtlich geöffnet zu haben. Ihnen, die es ja in ihrem Innern fühlen, Welch' enge

Geistesverwandtschaft sie mit den Liebhabern teilen, haben es jedenfalls schon lange schwierlich empfunden, dass ihnen die Schwundelapostel des Reichsligenverbandes Schmutzkonkurrenz bereiteten.

Um sich nun wieder etwas in Erinnerung zu bringen, muss von Zeit zu Zeit einmal etwas besonderes „geleistet“ werden.

Mit einer solchen besonderen „Leistung“ hatte man am 21. April dieses Jahres das oberherrschaftliche Seidenindustriestädten Hüningen „beglückt“ wollen; wir sagen beglückt wollen, denn zum eigenlichen „Beglück“ kam es nicht, weil sich die Hüninger Arbeiterschaft, in Erwartung der in Aussicht stehenden Leistungen, erklärlicherweise nicht zur Entgegennahme dieser Leistungen eingefunden hatte.

In einer mit grossem Tantam einberufenen Arbeiterschaftsversammlung sollte nämlich das Fräulein Knorr zeigen, welche Geistesart sie aufzuweisen kann, nachdem sie in der bekannten Jesuitentliche in München-Gladbach einen Kursus mitgemacht hat. Zu allgemeinen stand zwar die Leistungen des Fräuleins schon durch die schärferen „Kostproben“, die sie zum besten gab, hinreichend bekannt, und wie nehmen ja Chre des Fräuleins an, das auch sie selbst sehr genau weiß, dass die Kostproben, die sie jetzt zuweisen kann, total ungenießbarer Brei ist, aus dem sich nicht ein einziger schmatzhafter Happen herausfinden lässt. Wenn sie sich trotzdem immer wieder, wenn auch unter immer geringerem Aufwand produzieren muss, so liegt das eben daran, dass die Christlichen nichts Besseres nicht vorsezen können.

Aus diesem Grunde ist es zu verstehen, wenn nur etwa 40 Personen, darunter etwa 15 männliche, in der Versammlung anwesend waren. Das Fräulein würde ja gewiss erstickt aufgeatmet haben, wenn gar niemand erschienen wäre, sie würde dann der undankbaren Ausgabe, immer denselben Kost unerlässlich zu müssen, überhaupten werden sein.

Endessen, die 40 Zuhörer waren nun einmal da, und so hatte auch unser Kollege Alfers den Willen gegen die geistige Kost des Fräuleins überwunden und sich erwartungsvoll mit an die Tafel gesetzt.

Auffälligerweise gerieten die Erschienenen bei der Ankunft Alfers in merliche Unruhe. Momentlich der Vorsthende der Versammlung befürchtete, wohl nicht mit Unrecht, Alfers könnte ihm in die von dem Fräulein servierte Suppe spucken; er forderte daher den Kollegen Alfers auf, das Tafel zu verlassen. Da sich jedoch Alfers vollständig ruhig verhalten hatte und die Versammlung eine öffentliche war, so weigerte er sich, zu gehen. Jetzt wandte sich der Vorsthende an den die Versammlung überwachenden Polizei-Kommissar.

Während dieses Intermezzos hatte aber das Fräulein schon ihr Laboratorium geöffnet und singt an, die verschiedenen Münchener Mixituren zu einem großen Brei zusammenzurühren. Dabei konnten wir folgende Oraclesprüche vernehmen:

Es sei falsch, die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften darin zu sehen, dass dieselben ihren Mitgliedern bessere wirtschaftliche Verhältnisse erringen wollen. Nicht nur einige wenige Bohnenhöhung, nicht ein paar Minuten Arbeitszeitverkürzung, sondern etwas „Söhne“ erstreben wir, rief sie pathetisch aus. Wie erfreute in erster Linie, dass die christliche Arbeiterschaft vor der Söhle und Verderben bringenden Fehre der Thron und Altar umstürzenden Sozialdemokratie bewahrt werde. Auch legte die Rednerin den Einwesenden aus Herz zur Verchristlichung der Jugend beizutragen.

Plötzlich verstummte der lauernde Ton des Fräuleins Knorr, und als wir uns nach der Ursache dieser Verstummung umsehen, gewohnt wie, dass der Vorsthende mit dem Polizeikommissar vor Alfers hintrat und letzter den Kollegen Alfers aufforderte, das Tafel zu verlassen.

Alfers protestierte dagegen, indem er wiederholt darauf hinwies, dass die Versammlung et cetera öffentliche sei. Das half aber alles nichts; der Gendarmer wurde gespuckt und sollte Alfers an die Tafel befördern, denn, so sagte der Polizeigewaltige, hier ist eine Arbeitssinnversammlung, und Sie sind ein Arbeiter. O, diese Polizeigewalt! Wir haben bereits bemerkt, dass unter den Geschiedenen noch etwa 15 Arbeiter anwesend waren; diese aber konnten bleiben, denn es waren christliche Mitglieder.

Alfers verließ nun, nachdem die Toleranz der Christlichen in solcher Nachtheit gutgebracht war, das Tafel, ohne erst in die „liebvolle“ Arme des Gendarmen geschlossen zu werden.

Der ganze Vorfall charakterisiert wieder einmal die Kampfweise der Christlichen in ihrer ganzen Erdämmlichkeit. Er zeigt, dass es um die Wahrheit der Argumente, welcher sich die Agitatoren beobachten, sehr schlecht bestellt sein muss, wenn sie in dieser Weise der Öffentlichkeit entzogen werden.

Die Einführung des Zweistuhlysystems in Sachsen wird wieder einmal von den Unternehmern als „dringende Notwendigkeit“ verkündet. Diese Notwendigkeit besteht natürlich nur darin, auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter den in die Taschen der Unternehmer fließenden Goldstrom noch bedeutend ergiebiger zu machen.

Der Export nach Amerika aus dem Handelskammerbezirk der östlichen Niederlausitz, und zwar aus den Orten Cudow, Goritz, Sommerfeld, Gorau mit Frauenmühle bei Görlitz und Gersdorf, Fürstenberg a. O., Döbern und Döbrau betrug im 1. Quartal 1907: Kleinentwaren 624 014 Ml. im 1. Quartal 1908: 578 884 Ml., auch 898 Ml. (188 079 Ml.), Baumwollwaren 47 100 Ml. (88 488 Ml.), in Summa 680 669 Ml. gegen 780 877 Ml. im gleichen Quartal des Vorjahres. Es sind mithin gegen das 1. Quartal des Vorjahres für circa 80 000 Ml. weniger exportiert.

Die Jutespinnerie der Firma Spohn in Radebeul ist in Betrieb genommen werden. Die Arbeiterschaft, welche in den Fabrikhäusern untergebracht wurde — etwa 400 an der Zahl —, besteht zum größten Teil aus Polen, Kroaten und Italienern beiderlei Geschlechts. Das wird demnach auch wieder ein Mutterbetrieb werden, dem einigermaßen menschenwürdiges Leben gewohnte Arbeiter im großen Wogen aus dem Wege gehen.

Eine neue größere Weberei soll in Saarbrücken bei Neukrode gebaut werden. Der Beweggrund dazu ist die Ausbeutung der vielen billigen weiblichen Arbeitskräfte, welche in dortiger Gegend zu haben sein sollen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kein Anzeichen einer bereits begonnenen Produktionskrise: Amerika, England, Deutschland. — Erholung des Weltmarktes.

— Die finanziellen Verlegenheiten des Reiches und Preußens.

Am dem Wirtschaftsstab hat sich in letzter Zeit wenig getan. Die Wirtschaft wird von keiner Bank mehr gefördert, verhindert aber doch, nach der ersten teilweisen Erholung, in ihrer Geschäftserweiterung, da das belebende Vertrauen in die eigene Kraft nicht zurückkehren will. Die Produktion bleibt kaum irgendwelche Anzeichen des Rückgangs, jedoch zeigt sie das sprunghafte Fortschreiten gleichfalls nicht mehr, das ebenso oft die Waren zu neuen Vorjahren verzeichnete.

Da man vor allem von Amerika die ausdrücklichsten Entwicklungen erwartet, so mag den Berichten vom dortigen Eisenmarkt größere symptomatische Bedeutung als jemals zugeschrieben. Man ist dort schon eine wahre und umfassende Stillezeit von Gütern und Diensten nebstehend, und vom Leben seit dem Brüderkrieg in der neuen Welt als Grabstein des allgemeinen Wirtschaftsverfalls. Zu dem eindrücklichen Beobachtungsbild kommt der neue Durchbruch, aber wenn man mit die Beobachtung mit dem Vergleich zu den anderen Jahren vergleicht, so ist dies ein

Und wie schlecht es um die Wahrheit der von der „Referente“ vorgebrachten Argumente bestellt ist, das zeigen ja die paar Proben, die wir hier angeführt haben.

Das einzige Erfreuliche an den Ausführungen des Fräuleins ist wohl das Bugeständnis, dass es falsch sei, die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften darin zu sehen, dass dieselben den Mitbürgern bessere wirtschaftliche Verhältnisse erringen wollen. Das ist zwar nicht neu, aber es ist doch immerhin wertvoll, wenn das so rund und nett gesagt wird. Die Arbeiter werden nach diesem Bugeständnis erst recht ersehen, welche Wertlosigkeit für sie eine solche Organisation hat.

Unsere rheinische Tante ist auf dem Rosstauscherpfad.

Es ist das Handwerk unserer frommen Tante vom Rhein, der Wahrheit Gewalt anzutun. Doch obgleich sie zu diesem Zwecke einen jesuitischen Kurzus absolvierte, um die nötige Geistlichkeit in diesem Handwerk zu erlernen, haben wir, wie unsere Leser wissen, schon manchesmal festgestellt können, mit welcher läppischen Ungeschicklichkeit sie an die Erfüllung ihrer Aufgabe herantreibt. Erst in Nr. 14 des „Textilarbeiters“ konnten wir zum grössten Staunen unserer Leser, in dem Artikel: „Die christlichen Praktiken, eine sozialistische Vorlesung über die läppische Uneschicklichkeit der christlichen Textilarbeiterzeitung“ diesen beispielhaften Spott hat ja die fromme Tante möglich gewesen, um so mehr gewunftsweise vier Wochen lang und auch heute noch nicht auf unsere Ausführungen über ihre läppigkeit etwas zu sagen wusste.

Aber kommt die „Textilarbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 18 auf unsere ihr verabreichte Büchichtigung zu sprechen, sie beschränkt sich jedoch lediglich darauf, uns die Versicherung, der wir ausnahmsweise kein Glauben schenken, zu geben, dass sie kein Bedürfnis fühlt, auf unser Produkt einzugehen, d. h. also, sich noch eine zweite solche Büchichtigung zu holen.

Denn, dass diese Büchichtigung ihre Wirkung nicht verfehlt hat, bestätigt uns die fromme Tante nicht dadurch, dass sie vier Wochen lang ihr zahnloses Schimpfwortzeug still hält, sondern auch dadurch, dass sie in der hämischen Denierung: „gute Letzartikel werden bevorzugt“, angiebt, dass unsere ihr verabreichte Büchichtigung das Prädikat „gut“ verdient.

Wie können der Tante bei dieser Gelegenheit verschulden, dass wir nach dieser Richtung immer unsere Schuldigkeit tun werden, um eine solch gute Befreiung von ihr zu erlangen. Dabei ist es wohl auch angebracht, festzustellen, dass die fromme Tante sehr im Fertum ist, wenn sie glaubt, solche Büchichtigungen, wie diejenige, welche ihr in Nr. 14 des „Textilarbeiters“ zuteil wurde, würden ihr nicht von der Redaktion des „Textilarbeiters“ verabfolgt. Der „Textilarbeiter“ hat nicht nötig, ähnliche Anselmen zu machen, wie sie die „Textilarbeiterzeitung“ beim „August mit der Hölle“ oder in der Gesamtredakteure in M. Gladbach machen muss.

Es ist nichts weiter wie eine jener bereits charakterisierten läppischen Schwundelten der frommen Tante, wenn sie in ihrer Bekanntmachung von der Briefkastennotiz: „gute Letzartikel werden bevorzugt“, einer Briefkastennotiz, welche angeblich im „Textilarbeiter“ gestanden haben soll, den Anschein erwecken will, die Redaktion des „Textilarbeiters“ leide an derselben geistigen Armut, wie die fromme „Textilarbeiterzeitung“.

Eine solche Briefkastennotiz hat nie im „Textilarbeiter“ gestanden, wenigstens nicht in der Form des Verlangens nach guten Letzartikeln, wie es die „Textilarbeiterzeitung“ darzustellen sucht. Die Tante verfügt hier ein Rosstäucherstück, dessen Plumpheit natürlich sofort auffallen muss.

Unsere Leser wissen, dass wir vor kurzem zwei Blätter im „Textilarbeiter“ einführten, in welchen wir den Mitgliedern unseres Verbandes Gelegenheit gaben, Fragen, fachgewerblicher Praxis zu erörtern. Es ist das eine Einsicht von großer praktischer Bedeutung, denn die Leistungsfähigkeit der Mitglieder gewinnt natürlich dadurch, dass sie sich ihre Erfahrungen bei der Arbeit an den Maschinen austauschen und bei der Arbeit nutzbringend verwenden können. Diese zwei Blätter waren also von vornherein für diese praktische Diskussion der Mitglieder bestimmt, und da wir von früher her wussten, dass bei solchen Diskussionen auch sehr gute Arbeiten gefestigt werden und wir natürlich nur recht gutes fördern wollten, machten wir die eigentlich selbstverständliche Mitteilung, dass wir gern bereit seien, gute Antworten zu hören.

Aus dieser selbstverständlichen Mitteilung hat nun die Tante, wie wir aus Nr. 18 der „Textilarbeiterzeitung“ ersehen, die plumpen Häufung von der Briefkastennotiz gemacht und dadurch die triste Meinung zu erweden gehuft, die in Nr. 14 des „Textilarbeiters“ an ihr vollen Büchigung für ihre häblichen Phrasen

und dritte Quartal melben, so folgen sie charakteristische hinzu, das auf gleich große fortlaufende Bestellungen für den Jahreschluss kaum zu rechnen sei; dies macht die Aussichten für den letzten Teil des Jahres zweifelhaft.

Dem stehen indes andere, durchaus übersichtliche und glückliche Berichte gegenüber. Die eben eingetroffene englische „Labour Gazette“ nennt den März für viele Gewerbe besser wie den Februar, ganz abgesehen von denjenigen Gewerbebezügen, die jedesmal im Frühjahr sich heben; auch gegen den März des Vorjahrs müsse für die meisten der Hauptindustrien eine Besserung konstatiert werden. Bei 278 berichtenden Trade Unions mit zusammen 812 280 Mitgliedern ergeben sich Ende März 22 058 oder 8,9 Proz. Verluste, gegen 8,9 Proz. Ende März 1908. Das läuft von einer Parallelbewegung in der Produktion zu der Mitte März einfließenden Börsenkrisis nichts verpören, 481 000 Rohstofflieferanten und 80 000 Arbeiter erzielten im März noch Rohstoffschwelle, im ganzen nach dem Bonner Arbeitsamt 601 800 Arbeiter (gegenüber etwa 650 000 Arbeitern mit Rohneinbußen).

In Deutschland finden wir bei den Eisenbahnen nach den ununterbrochenen Einnahmehöchstungen der Vorjahre und vornehmlich eine abermalige Steigerung im Monat März; der Januar brachte: was den Güterverkehr anbelangt, 7,2 Millionen Mark, der Februar 2,28 Millionen Mark, der März 5,72 Millionen Mark mehr als der gleiche Monat 1908. Aus der Textilindustrie lauten die Berichte fast ausnahmslos glücklich. Die Baumwollbranchen, Spinnereien wie Webereien, haben ihre Maschinen und Webstühle in vollem Umfang beschäftigt; von einem Weichen des Preises war keine Rede. Die Wirkungslosigkeit war reichlich zu erleben; „Um besondere sind die Fabrikanten von gestrichen bezüglich von gewissen Handelsbezügen mit Aufträgen des Auslands überreichlich versiehen; die neuen Aufträge für Strumpfwaren und Tricotagen sind weniger zahlreich, wie bisher, genügend aber vollkommen, um alle Betriebe beschäftigen zu können.“ Die Fabrikanten von wollenen Mantelstoffen haben in diesem Monat ihre Preise ausnahmslos erhöht. Aufträge beziehender Umlauf gehen auch bei diesen Fabrikanten sehr zahlreich ein. Preisberichtigungen erzielten ferner die Lederstoffe, die Seidenwaren — allerdings nach vorangegangenen Rohstoffensteigerungen — die Bettengarnen, die Kunstseidenwaren, die Organdie, die Baumwolle und die Baumwollfabrik, die Leinenwaren, die Leinenwebefabrik, ebenso die Seidenbandbranche, die von der Mode sehr abhängt wird.

Bemerkenswert ist ferner das rasche Wiederaufblühen des großen Eisenbahnverkehrs, nach der überaus schlimmen, ja katastrophalen Umwandlung im Januar und Februar. Die Zahl von Eisenbahnwagen, welche nicht über die Hälfte der gesamten Dimensionen des Wagens verfügt, wurde

sei ihr nicht von der Redaktion des „Textilarbeiter“ verabfolgt worden.

Nein, nein, verehrtes Tantchen, die Versicherung kannst Du ein für allemal mit nach Hause nehmen: wenn wir die Notwendigkeit einschätzen, Dir wieder einmal eine Meinung zuteil werden zu lassen — ein sonderbares Geschäft ist es ja gerade nicht —, so fällt es uns gar nicht ein, uns wegen Dir noch in besondere Unzufriedenheit zu stürzen, diese Meinung vorzulegen wie selbst.

Neben dieser plumpen Rücksicht betreffend die sogenannte „Priesterfamilia“ versucht es die Tante in derselben Nr. 18 der „Textilarbeiterzeitung“, noch durch ein anderes Mischäusserlebnis ihres jesuitischen Handwerks Ehre zu machen. Verhalten dazu muss die angebrachte Aussperrung im Eulengebirge, mit der sie jetzt ihre zweifelhafte Haltung in M. Gladbach zu rechtfertigen sucht. In M. Gladbach war der „christlichen“ Textilarbeiterorganisation nicht mehr vorgehalten worden, daß sie die für die Arbeiter außerordentlich günstige Lage nicht ausgenutzt habe, wie es möglich war. In M. Gladbach war in den Betrieben allen Arbeitern gewährt worden, und die Betriebe kamen also, wenn die Aussperrung vorgenommen wurde, zum Stillstand. Das ist natürlich ganz etwas anderes wie im Eulengebirge. Dort sollten bekanntlich nur die organisierten Arbeiter ausgesperrt werden, wodurch die Betriebe nicht zum Stillstand kamen. Es ist bezeichnend für die taktische Unfähigkeit der frommen rheinischen Tante, wenn sie diesen fundamentalen Unterschied zwischen beiden Aussperrungsandrohung nicht zu erkennen vermag, wenn sie nicht zu erkennen vermag, daß dort, wo die Betriebe mit 60—70 Proz. der Beschäftigten, welche nicht ausgesperrt werden, weiterlaufen, tatsächlich ganz anders gehandelt werden muss wie dort, wo die Betriebe stillstehen. Wo einem eine so erdrückende taktische Unfähigkeit entgegengestellt wird, da kann man nur die Arbeiter bedauern, welche dem christlichen Textilarbeiterverband Gefolgschaft leisten.

Natürlich war in Langenbieleau noch nicht die geeignete Zeit, um es auf die Aussperrung der organisierten Arbeiter ankommen lassen zu können. Dazu musste die Organisation der Textilarbeiter eben erst soweit fortgeschritten sein, daß, wenn die organisierten Arbeiter ausgesperrt werden, die Betriebe zum Stillstand kommen, oder nur mit einer so geringen Arbeiterzahl arbeiten, daß der Betriebsverlust den Arbeitern als Pressionsmittel dient.

In M. Gladbach kamen diese Erwägungen nicht in Frage, dort war das Pressionsmittel vorhanden, die Betriebe kamen zum Stillstand, und die Arbeiter hatten und haben ganz recht, wenn sie der christlichen Textilarbeiterorganisation vorwerfen, sie habe absichtlich die außerordentlich günstige Lage nicht ausgenutzt, um den Arbeitern die langersehnte Aufbesserung ihrer Löhne zu sichern.

Mit dieser taktischkeitsfehlenden Feststellung des fundamentalen Unterschieds bei dem Umfang der Aussperrungsandrohung in M. Gladbach und im Eulengebirge fällt natürlich die ganze jesuitische Argumentation der frommen Tante zusammen, und stehen bleibt lediglich die Tatsache, daß die „Textilarbeiterzeitung“ unfähig ist, das taktische Ahe bei Lohnkämpfen zu kapieren.

Am Schlusse ihren Schwindsenerade tischt uns die fromme Tante noch eine recht faustdichte Lüge auf. Sie sagt:

„Im übrigen ist der deutsche Verband sehr bewundert in der Kunst, „Kieberlagen aus dem Wege zu gehen“. Als die Seidenfabrikarbeiter von Oberfeld und Wermes im vorigen Jahre mit der Aussperrung drohten, da wurde der Färberstreik in Oberfeld durch die beiden „deutschen“ Führer Süß und Steinbrink abgewimmelt, obwohl von den 200 Streikenden — 120 Arbeiter als Gewahrsame auf der Straße blieben.“

Diese Notiz ist eine bewußte Unwahrheit. Es muß der „Textilarbeiterzeitung“ bekannt sein, daß sich die Verhältnisse ganz anders abgespielt haben.

Dieser Kampf ist beendet worden, nachdem nach vierwöchentlichen Streiks auf Grund neuer Verhandlungen mit den Unternehmern Lohnerschübungen von 1 Mt. 1,60 Mt. bis 2 Mt. zugestanden waren, und diese Zugeständnisse durch Wechselseitigkeit der Streikenden als akzeptabel bezeichnet wurden. Es gehört natürlich die ganze bestiegene Unterherrschaft der frommen Tante dazu, zu behaupten, es wären von den 200 Streikenden 120 Gewahrsame auf der Straße geblieben. Kaum der dritte Teil dieser Zahl konnte vorübergehend keine Beschäftigung finden, weil, wie dort immer bei solchen Kämpfen vorliegt, der Betrieb nicht gleich voll aufgenommen wurde. Diese vorübergehend beschäftigunglos Gebliebenen sind nach ganz langer Zeit wieder in Beschäftigung getreten. Es muß wirklich sehr sommeruell um das Renomme des christlichen Textilarbeiterverbandes bestellt sein, wenn sein Sprachrohr solche faustdichten Lügen gegen den verbündeten deutschen Verband schleudern muß. Gerade in diesem Falle hat der deutsche Verband sehr hilflos gehandelt, denn die Oberfelder Färber hatten den Kampf begonnen, ohne eine Genehmigung des Centralver-

band von England körte am 11. April schon wieder 2 Proz. nachlassen (4% statt 5 Proz.). Die Niederländische Bank folgte am 16. April mit einer Diskontermäßigung von 6 auf 5½ Proz. Die deutsche Reichsbank steht, wie bereits angekündigt, vor einem ähnlichen Schritte, den sie jedoch gleichfalls vorsichtig auf 5% Proz. (5% statt 6 Proz. Diskont) zu begrenzen gedemt.

Eine echt deutsche Eigentümlichkeit ist es, daß das Reich und Preußen sofort mit ihrem 8% i. J. i. t. h. bedarf wieder hervorrückten, sowie das Publizum den Gedanken an den ungünstigen Dividendenpapieren verloren hat und sowie der Goldmarkt etwas Lust zu bekommen scheint. Wirtschaftlich und finanziell ist der Zeitpunkt natürlich ganz richtig gewählt, während man bisher unter der überlegenen Konkurrenz rentabler und beliebter Kapitalanlagen notgedrungen warten mußte. Über in welche geradezu läufige Lage sind wir mit unserem endlosen Schuldenmachen hineingeraten? Preußen und das Reich haben von 1890 bis 1906 ihren Schuldenbestand um nicht weniger wie 4186 Millionen Mark erhöht: das Reich um 2½ Milliarden, Preußen um 1,6 Milliarden. Zweifellos drückt und beunruhigt dieses ständige Überangebot den Kurs im allgemeinen, nicht nur der Anleihen von Reich und Staat, sondern weiterwirkend auch von Kommune und Kommunalverbänden. England und Frankreich dagegen haben seit langem Konkurrenzlosen möglichen Schleuder: England seit 1888 bis zum Burenkrieg, Frankreich trotz enormer Auswendungen für Heer und Marine, von 1881 bis 1901. Das einmal untergebrachte befindet sich hier vorwiegend in festen Händen, so daß nicht, wie bei uns, fortwährend große Wertmassen zum Umsatz und zur Vergrößerung drängen und den Markt bilden. In den letzten Jahren hatte der Wirtschaftsaufschwung bei uns vollständig die niedrigberzinischen Rentenkurven unbedingt gewünscht. Die vorjährige 8%prozentige Anleihe (im Betrage von 580 Millionen Mark, davon das Reich 260 Millionen Mark, Preußen 800 Millionen Mark) wurden schon zu einem niedrigen Kurs ausgegeben (zu 100,10 begin. 100), sie konnten von dem Nebenrahmenkonsortium nur sehr langsam und mühsam untergebracht werden und stehen heute weit tiefer im Kurse wie damals (am 20. April 96,75). Man wagt deshalb im Augenblick gar nicht, obwohl eine 8%prozentige unklare Anleihe anzubieten. Definitiv wieder zu 4%prozentigen Kästen überzugehen, mag man ebenfalls nicht. Man läßt deshalb die Frage in der Schwebe: die neuen 400 Millionen Mark kommen als Schaden in weiteren Verhandlungen, zwar verhandelt mit 4 Proz., aber z. Z. a. g. l. b. am 1. Juli 1912. Man besteht sich also die letzten Entwickelungen für die Zukunft vor, und hofft, dann eine geringere Auswirkung des Nebenrahmenmarktes und günstigere Aussichten für den deutschen Marktinden. Unzweckmäßig bleibt jedoch auch dieser Vorbehalt, sofern es für den Augenblick das richtige schafft und

St. Gallen, 21. April 1907.

Max Schippe I.

standes dazu zu haben. Es würde allerdings diese Tatsache gestützt haben, den Centralvorstand des deutschen Verbandes geradezu zu verpflichten, es nicht dazu kommen zu lassen, daß wegen eines vom Centralvorstand nicht genehmigten Streiks eine größere Anzahl Arbeiter ausgesperrt werden.

Der „christlichen Textilarbeiterzeitung“ müssen diese Vorgänge vertraut sein, und wenn sie uns trotzdem daraus einen Streik zu drehen sucht, so beweist dies zwar nicht, daß wir und der deutsche Textilarbeiterverband auch nur fahrlässig die Interessen der Mitglieder gefährden, aber es beweist, welche bodenlose Vollerhastigkeit im christlichen Verbande eingerissen sein muß.

Wahrscheinlich muß die christliche Tante die Artikel, die sie im vorigen Jahre über die taktischen Fragen bei Lohnbewegungen, beispielweise in Nr. 16, usw., schreiben ließ, gar nicht einmal gelesen haben, denn sonst müßte sie wahrgenommen haben, daß sie mit solchen Schwindelien selbst einige Mauscheßen verabreicht hat.

Des weiteren wollen wir der frommen Tante zum Schlusse sagen, daß, wenn sie solche Beiträge anstellen will, wie diejenigen, die wir hier beleuchtet haben, sie doch gar nicht notwendig hätte, der Fährte des deutschen Textilarbeiterverbandes nachzuschmiedeln und solche plumpen Unwahrheiten zu fabrizieren. Die fromme Tante hätte es doch viel einfacher, wenn sie in ihrem eigenen Stall klatschen halten würde. Wenn sie wieder einmal einen solchen Schwindelanfall bekommen sollte, so raten wir ihr, erst einmal mit dem Herrn Möhling von der christlichen „Textilarbeiterzeitung“ über seine „Tätigkeit“ bei Lohnbewegungen Maßsprache zu nehmen. Speziell machen wir die fromme Tante auf das Verhalten des Herrn Möhling während des Streiks bei Dahl und Hunsche in Barmen aufmerksam. Herr Möhling dürfte ihr unter anderem mitteln, daß er in einer Versammlung der Streikenden Ausführungen mache, welche nicht nur die christlichen Mitglieder außerordentlich empöre und sie veranlaße, ihn in jener Versammlung nicht mehr reden zu lassen, sondern welche auch sofort von den Unternehmerblättern aufgegriffen und gegen die Arbeiter ausgespielt würden.

Nach alledem meinen wir, hätte die fromme Tante alle Ursache gehabt, ihre Mahnung, wie sollten vor unserer eigenen Türe lehren, an die Adresse der christlichen „Textilarbeiterzeitung“ zu richten.

Eine Arbeitgeber-Aussperrung.

Das in der Textilindustrie grassierende Aussperrungsfieber beschränkt sich nicht nur auf die Aussperrung der Arbeiter, sondern die Unternehmerorganisationen gehen bereits dazu über, einzelne Arbeitgeber auszuhungern. Eine solche Arbeitgeberaussperrung hat augenblicklich Kreisfeld zu verdecken.

Wenn wir hier auf den Vorgang zu sprechen kommen, so geschieht es deshalb, um an dieser eigenartigen Aussperrung zu zeigen, wie rücksichtslos der Unternehmer ist, wenn es sich um die Gehaltung seiner Einflussmehrheit handelt. Sonst kann man sich in jenen Kreisen in der Regel nicht genug entrüsten darüber, wenn einmal die Arbeiter ihre Existenz damit verteidigen oder aufzubessern versuchen, daß sie ohne Rücksicht die Arbeit niedergelegen. Dabei kommt für den vorliegenden Fall in Betracht, daß die Arbeiter niemals deshalb streiken werden, um eine technische Verbesserung oder eine Vereinheitlichung des Betriebes zu verhindern, wie es hier die Unternehmer tun.

Es handelt sich hier um einen Vorgang, von dem die bürgerlichen Blätter folgende Darstellung geben: „Seit Dienstag früh ist die große Seidenfabrik von Deutscher Verband der Stoffappreture ausgesperrt, mit anderen Worten: Die Seidenstoffe der Firma werden von dem Tage an von keinem Appreteur mehr ausgerüstet, so daß sie „so nicht verfaßt“ und gebrauchsfähig sind. Der Vergleich der Angelegenheit ist folgender: Die Firma Deich u. Oetker, die jährlich für Appreturlöhne 180 000 Mt. ausgibt und mit ihren Stoffen den Appreturen 9 Proz. der gesamten Arbeit lieferte, hatte die Absicht, sich in ihrer Fabrik zu Schießbahn eine eigene Appretur einzurichten. Sie ließ im geheimen durch Mittelmänner die Maschinen bestellen, machte darauf Anzahlungen und engagierte auch schon Leute für den Betrieb, der dann in einigen Wochen eröffnet werden sollte. Als die Appreture dies erfuhren, suchten sie die Firma zu bewegen, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen, als diese aber darauf bestand, trat der Verband der Appreturen zusammen und beschloß am vorletzten Freitag einstimmig, die Firma durch Aussperrung zu einer anderen Ansichtung zu zwingen. Als die Firma dies erfuhr, wußte sie einen Appretur, den Inhaber der Firma Hermann Bocheler Nachs. in Biersen, zu veranlassen, seine Appretur an die Firma Deich u. Oetker zu verkaufen. Dies geschah notariell am Sonntag morgen, und als der Vertrauensmann des Appreturverbandes am Montag früh den Beschluss der Appreturen mitteilte, wurde ihm entgegnet, daß die Firma Deich u. Oetker durch den Ankauf der Biersener Appretur selbst Mitglied des Appreturverbandes sei. Es wurde nun gegen diesen Verlauf Protest erhoben, da die Biersener Firma durch beglaubliche Unterstreichung den gegen Deich u. Oetker gefassten Beschluss mit gesetzt und unterstrichen hatte. Am Dienstag morgen trat nun der Beschluss in Kraft und die Firma Deich u. Oetker ist dadurch in die größte Verlegenheit versetzt, da die Biersener Appretur nur einen sehr kleinen Teil der fertig gestellten Stoffe auszurüsten imstande ist. Es haben sich nun aus dieser Sachlage schon eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten ergeben und man kann gewann sein, wie die Sache auslaufen wird. In einem ähnlichen Falle — es handelt sich um die Sennappretur von Gust. Jacobini, C. m. b. o. — haben die Sammappreturen durch die Aussperrung die Gründung einer eigenen Appretur verhindert.“

Dieses Vorgehen der Unternehmerorganisation ist für die Arbeiter außerlich lehrreich, denn es zeigt uns, daß, sobald die Existenz in Gefahr ist, auch die Unternehmer, ohne sich von Gewissensbisse plagen zu lassen, die Arbeit verweigern. Da wir sehen, daß sich die Unternehmer auch nicht an etwa abgeschlossene Verträge halten. Es wird nämlich berichtet, daß die Firma Deich und Oetker mit einem Kreisfelder Appretur einen Vertrag abgeschlossen habe, in dem er sich verpflichtet hat, auf Jahresfrist höchstens bis zu einer bestimmten Stelle Peter für die Firma Deich u. Oetker zu appretieren. Dieser Unternehmer ist dem Sperrvertrag ebenfalls beigetreten und weigert sich, die vertraglich übernommene Arbeit auszuführen. Da hört man aber nichts in den bürgerlichen Zeitungen von Kontraktbruch usw., wie das gleich immer der Fall ist, wenn einmal die Arbeiter von ihrem Rechtsschutz Gebrauch machen. Im Gegenteil, die bürgerlichen Blätter ermuntern die Appreture, einige zu bleiben. Wenn diese Blätter den Arbeitern gegenüber wieder einmal ins andere Extrem versessen sollten, dann hätte man ihnen ihre Stellungnahme in diesem Streitfall unter die Nase.

Wir haben natürlich nicht die geringste Veranlassung, in dem Streit irgendwie Partei zu spielen, wir beschäftigen uns mit der Angelegenheit nur rein referierend.

Auf einen interessanten Streitfall, der aus dieser Angelegenheit entstanden ist, wollen wir hier noch aufmerksam machen. Der Inhaber der Biersener Appretur, welche die ausgetretene Firma gekauft hat, hatte sich ebenfalls durch Unterstreichung der Firma Deich u. Oetker ausgesperrt. Durch den Kauf ist nun die Firma Deich u. Oetker Stoffabnehmerin des früheren Weißwaren- und nach ihrer Ansicht auch Mitglied des Deutschen Appreturverbandes geworden. Es ist nun die Meistersfrage aufgeworfen, ob dieser Weißwaren- und auch die Appreture, welche die Stoffabnehmerin ist, den Arbeitern nicht aufmerksam gemacht werden darf, ob also, ob sie nicht verpflichtet sind, die Firma Deich u. Oetker vorzulegen, sei es nicht verpflichtet, die Firma Deich u. Oetker zu verkaufen. Dies ist eine sehr schwierige Sache, und die Unternehmerorganisationen haben deshalb die ziemlich

ausperren! Man versteht daraus, bis zu welchen unzähligen Konsequenzen die Mitgliedschaft bei einer Unternehmensorganisation führen kann.

Zur Lohnbewegung in Landeshut.

Man schreibt uns von dort:

Hier, wo eine Gesamteinwohnerzahl von 18 000 vorhanden ist und von diesen allein an die 8500 Erwachsene in den hiesigen Textilfabriken beschäftigt sind, müßte man annehmen, daß das Streben der Textilarbeiter nach besseren Löhnen oder menschenwürdigen Zuständen unterstützt würde, schon nur deswegen, weil eine besser entlohnte Arbeiterschaft eine gute Grundlage für den kommunalen Fortschritt in jeder Beziehung bietet. Dem ist aber nicht so. Alles die gleichen, abgebrannten Gestalten, denen man die Unterernährung schon von weitem ansieht, haben die Herren von Geldsabs Gnaden nicht zu rütteln vermocht. Ein Wurm, der gescreten wird, windet und krümmt sich natürlich. Das geschah denn auch hierorts.

Es müssen Zugeständnisse gemacht werden, und zwar eine Abzugsförderung und Sicherstellung einer höchstwürdigen Arbeitszeit. Diese Abzugsförderung haben die Herren durch verschiedene, beim Stuhlwirken vorgenommene Manipulationen wiederum illusorisch gemacht. Ja noch mehr. Laut getroffener Vereinbarung werden halbe Schuh nicht bezahlt. Angenommen, es kommen bei einem Artikel auf den Zentimeter 21 Schuh. Dann wird verlangt, daß die Ware nicht mehr mit 21, sondern mit 20½ Schuh auf den Zentimeter hergestellt wird. Da aber der Wechsel an dem Stuhl verbleibt, so fährt demnach die Ware auch 21 Schuh. Also durch diese Manipulationen müssen die Arbeiter nicht einen halben, sondern einen ganzen Schuh umsonst arbeiten und werden dadurch um fast 5 Proz. ihres Verdienstes geschädigt. Wochenlöhne von 7 Mt. und darunter für verheiratete Männer sind keine Seltenheit, deshalb wurde verlangt:

1. Eine allgemeine Abzugsförderung für alle in der Textilbranche beschäftigten Personen.
2. Aufschaffung von besseren Material.
3. Entschädigung für Warten auf Material, dem vollen Tag verdient entspricht, sobald die Wartezeit länger als einen halben Tag dauert.

4. Einführung von Arbeiterausschüssen.

5. Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend um eine Stunde.

All das sind Forderungen, deren Bewilligung im Interesse der Allgemeinheit lag und selbst in Kreisen, die nicht der Arbeiterschaft angehören, als Forderungen bezeichnet wurden, die gebilligt werden müßten. Anders denken aber die menschenwürdigen Textilmillionäre von Landeshut.

Am 8. April wurden gemeinsam mit den „Christen“ die Forderungen eingereicht und die Unternehmer zugleich erachtet bis zum 20. April uns Bescheid zugehen zu lassen. Der 20. April kam, aber was nicht eintraf, das war die Antwort der Unternehmer. Bei unserem uns eigenem Schweißglück flog uns aber in der Zwischenzeit ein gedrucktes Blatt auf den Tisch, nach dem man sich hier mit dem Gedanken trug, die Errungenschaft des vorjährigen Lohnkampfes, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit, jetzt wiederum illusorisch zu machen. Dieses Monstrum kroßester Unternehmerwillkür lautet folgendermaßen:

Verantragung! Die Arbeitszeit wird festgesetzt wie folgt: Vormittags von früh 7 bis 1/10; 1/10 bis 10 Frühstückspause; 10 bis 12. Nachmittags von 1 bis 4; 4 bis 5½ Besprechungszeit; 5½ bis 7. Sonnabend bis 1/7 Uhr.

Landeshut, 8. April 1907.

Schlesische Textilwerke

Bethner u. Fröhne, Aktiengesellschaft

Dr. H. H. Fröhne.

Da sich die Herren schließlich doch eines Besseren besonnen haben, so kommt jetzt das interessante bei der ganzen Geschichte. Nicht die Unternehmer haben die Waleate brechen lassen, erklärt man jetzt, sondern der deutsche Textilarbeiterverband, um die Massen aufzuhören. Sobald Ehre es auch jedem macht, eine unrechte Handlung abzustreiten, weil ihm darüber die Scham überkommt ist, so fehlt es aber zu verurteilen, wenn man eine solche Handlung anderen in die Schuhe schiebt. (Wir stimmen dem Einsender darin bei, daß ein solches Verhalten gar nicht schaek genug gerügt werden kann. D. H.)

Am 22., 23. und 24. April hat man aber in den hiesigen Betrieben Blätter folgenden Inhalts angeschlagen: „Von dem Verbande des deutschen Textilarbeiterverbandes, dem Christlichen Verband und den Katholischen Arbeitervereinen sind uns Bitten angegangen, in denen für unsere Arbeiter Lohnerschübungen und verschiedene Renditionen im inneren Betriebe gefordert werden. Wir wissen, daß die oben genannten Organisationen nicht das Recht haben, als Vertreter der Gesamtarbeiterchaft aufzutreten, wie sie vielmehr das Vertrauen zu der Mehrheit unserer Arbeiter, daß sie imstande ist, ihre Interessen selbst zu vertreten. Wir werden deshalb alle Eingaben, welche sich auf das Innere der Betriebe richten, unbedingt ablehnen.“

Hier heißt es auf einmal, daß die Organisation für die Entschließungen der Arbeiter nicht maßgebend sei. Dennoch traut man ihr zu, daß sie zu Fälschungen ihre Zuflucht nehme, um die Arbeiter aufzuhören, für die doch die Organisation nach dieser Logik ein unmäßiges Recht sei.

Das ist sie natürlich nicht, wie wir gern zugestehen. Deshalb ist sie es aber auch nicht in bezug auf Gestaltung der inneren Verhältnisse im Betriebe, von denen in dem Blatt die Rede ist. Nicht beachtung einer von der Organisation festgestellten Rendition ist gleichbedeutend mit Nichtbeachtung der Arbeiter, für welche die Rendition gestellt wird. Die Organisation ist für die Arbeiter die geschäftsführende Institution, die auf die Dauer nicht als Quantität negligeable behandelt werden darf. Warum haben denn die Unternehmer nicht das Vertrauen zu sich, ihre eigenen Angelegenheiten unter Ausschaltung ihrer Organisation zu erledigen? Um Antwort wird gebeten.

Streitfälle durch die Arbeitsfelder der deutschen Textilindustrie.

Weißspillen günstige Gewinnchancen weisen die Bettenspinnerzeile und Webereien auf. In einem Bericht des „Confectionairs“ ist zu lesen:

Gestellt in den schräger Jahren, als infolge des amerikanischen Bürgerkrieges Baumwolle und Baumwollgarne auch an den höchsten Preisen nicht zu bekommen waren und Bettengarno Welsch als Ersatz dienen mußten, war die Nachfrage nach Bettengarno und Welsch nicht so stark wie jetzt, und auch das momentane Preisniveau ist dam

Es ist bekannt, daß Arbeiter, welche in schlechter Atmosphäre arbeiten müssen, sich aber gut nähren können, der Schwindsucht viel seltener verfallen als solche, die sich nicht rationell zu nähren imstande sind. Wo sie der Schwindsucht in einzelnen Fällen erliegen, scheint dies mehr der intensiven Ausnutzung ihrer Arbeitskraft als der unreinen Atmosphäre geschuldet zu sein. Das spricht wieder für möglichste Verkürzung der Arbeitstage, nach deren Beendigung ja dem einzelnen Aufthünger immer noch in gehörigem Maße Ruhe und Bewegung gewährt werden könnte. So könnte man also gegen die Schwindsucht mit drei Mitteln vorgehen: rationeller Ernährung, Ruh und Bewegung in freier Luft, sofern die Luft in ruh- und rauchgeschwärzten Industriegegenden diese Eigenschaft überhaupt noch besteht und diese Bezeichnung noch verdient. Man bleibe uns aber gefüllt mit der Behauptung vom Betriebe, daß der Arbeiter Schwindsucht leidet aus seinem Körper entfernen oder demselben fernhalten könnte durch Bewegung überhaupt — vielleicht in der Fabrik, in saubrer Atmosphäre, im Gegensatz zu den übenden Beschäftigungen, die mehr zur Aufnahme von Schwindsuchtseligen disponieren soll wie die bewegliche Weißfertigung. Danach müßte ein Weber, der 12 Autobusstunden bedient und fortwährend in Bewegung ist, von der Schwindsucht durchaus verschont werden, auch ein solcher, der 4 mechanische Webstühle zu bedienen hat und fortwährend von einem Stuhl zu einem anderen gehen muß. Man wird aber nicht behaupten wollen, daß der große Würger der Arbeiterbedürftigkeit vor ihnen halt mache. Gerade das Gegenteil ist zu konstatieren: die Arbeiter, welche am raschesten sich bewegen, gehen meist frühzeitig zur großen Kneipe über auf Männerwiedersehen.

Wir sehen also, daß die Schwindsucht, soweit sie unter der arbeitenden Bevölkerung grassiert, weder mit medizinischen noch mit hygienischen, sondern in der Hauptsache mit sozialen Mitteln zu bekämpfen ist; die hygienischen Maßnahmen müssen unter den heutigen sozialen, wirtschaftlichen und sanitären Verhältnissen allein versagen, namentlich bei den Textilarbeitern.

Der Textilarbeits ist schon von jeher einer der schlechtest bezahlten gewesen und seine Angehörigen waren immer mit den Folgen chronischer Unterernährung behaftet. So ist es auch heute noch infolge des geringen Verdienstes und der hohen Lebensmittelpreise. Daraan haben auch die Bürger nichts gedurkt, die angedacht im Interesse der Volksversorgung geschrieben wurden, und in denen ganz genau angegeben ist, wieviel Eiweiß, wieviel an Kohlehydraten der Mensch zu seiner Ernährung bedarf. Der Arbeiter kann leider seine Nahrung nicht danach zusammensetzen. Er kann aber auch den Rat nicht befolgen, sich des Alkoholgenusses ganz zu enthalten, denn ein schlecht genährter Körper verlangt als Ergänzung der Ernährung Alkohol, der ihm seine geringe widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten allerdings noch verringert. Auch der Rat, sich möglichst viel mit frischer Luft zu versorgen, ist leichter gegeben als befolgt, denn gerade dort, wo die Arbeiter frischer Luft am meisten benötigen, in den Industriegegenden, gibt es solche ja gar nicht mehr.

Die Menschheit hat ja sehr große Fortschritte zu ihrem Wohl aufzuweisen, aber auch ebenso große Nachteile. Mit der Einführung der Eisenbahn wurde z. B. der Nachteil sichtbar, daß damals in der Nähe der Bahnhöfe die Straßenseine nicht mehr so gebildet waren, wie in den früheren Jahren, als noch keine Bahn da war, und zwar infolge des Kohlenstaubes und des Schweißstoßes, den die Lokomotiven ausspielen. Vor zirka 8 Jahren hat ein Professor festgestellt, daß in industriellen Gegenden der Auswurf der Schornsteine 60 Prog. Schweißstoßes enthält, welches von der Frucht aufgesaugt wird, und das Fleisch und Menschen direkt oder indirekt gefährdet. Das durch die vielen Schornsteine resp. der Auswurf derselben die Luft verderbt ist, kann jeder beobachten, der in industriellen Gegenden wohnt. In solcher Gegend findet man gewöhnlich die Straßen schwarz, auch ist es oftmals nicht mal ratsam, die Fenster zu öffnen, da nicht Austritt durch Fenster kommt als Luft. Und wo eine gefundene Luft nicht mehr vorhanden ist, steht Krankheiten der Weg offen.

Ein großer Nebenstand ist auch, daß infolge Habfucht und des Wefreibens nach Geldverlust zu den schärfsten und schmutzigsten Mitteln geprägt wird, was die Gesetzesverhandlungen wegen Lebensmittel-Werfelschutz beweisen. Solange die Lebensmittelverfälschung mit der Luftverschmutzung Hand in Hand geht, können die Mittel, die heute gegen Krankheiten angewendet werden, nichts nützen, sie bleiben Palliativmittel, und zwar so lange, wie die heutige bürgerliche Gesellschaft am Ruder ist, die nur den Geldverlust kennt und auf die hygienischen und sozialen Forderungen der Arbeiter pfeift.

Gewiß ist es mit Freuden zu begrüßen, wenn der Staat das Land mit vielen Wasserstrassen durchzieht, da das Wasser der beste Heiler der unreinen Luft ist, wie ja auch am Wasser die Luft immer noch am reinsten ist. Da aber der Habfucht immer noch mehr werden, folglich auch der Schornstein, so hat die Arbeiterschaft die Aufgabe, auf Verkürzung der Arbeitstage einzuarbeiten, damit durch die vielen Schornsteinauswürfe die Luft nicht solange Zeit wie jetzt noch verpestet werden kann. Ganz besonders müssen die Arbeiter ihr Augenmerk darauf richten, daß die Produktionsmittel der gesamten Menschheit übergeben werden, da, sofern dies geschehen sein wird, auch der Lebensmittelverfälschung der Boden abgegraben sein wird, da niemand dann mehr in der Lage ist, sich auf Kosten anderer zu bereichern. Dann wird die Schwindsucht schwinden und die Menschheit wird gefunden und sich in einem Paradies wöhnen.

G. R. S. T.

Die Maifeier.

Die Maifeier ist überall in Deutschland in impfanter Weise begangen worden. Den Lohn dafür haben die Arbeiter vielfach in Form einer Ausspeckung bekommen. Freilich entsprechen die getroffenen Maßnahmen keineswegs den großen Worten, mit welchen die Unternehmer vor der Maifeier die Ausspeckungen androhten; das Unternehmertum findet sich doch von Jahr zu Jahr mehr mit dieser Tatsache ab, daß die Arbeiter sich ihre Feier nicht mehr rauslassen und daß daher auch Ausspeckungen nicht unständig sind, der Maifeier-Gehalt zu geben. Mit der zunahme der Ausspeckung der Maifeier nehmen die Ausspeckungen an Umfang ab. Gerade in den Berufen, wo die Maifeier durch Arbeitsruhe eine größere Ausspeckung angenommen hat, ist die Zahl der Ausspeckten beträchtlich gering; dagegen ist das Unternehmertum da brutaler aufgetreten, wo es sich noch in größerer Macht wähnte. Immerhin schien die Ausspeckten natürlich nach vielen Täufungen. — Auch im Auslande sich die diesjährige Maifeier nichts zu wünschen übrig.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht)

In den letzten Wochen hat sich in Krefeld in aller Ruhé eine Bewegung der Sammelarbeiter abgespielt, die auch zu einem Erfolg der Arbeiterschaft reich glänzend gebraucht worden ist. Magdem es einer vor einem halben Jahr getroffenen Sohnkommission gelungen war, die Appreturarbeiter auf einen geringen Bruchteil der sich der sozialen Organisation anschloß, unserem Verband aufzufallen, so ist es mir ein Anhänger ausgesetzt und den Unternehmen eingesetzt worden. In den nun folgenden Verhandlungen berücksichtete die Unternehmer zunächst ein so genanntes Komitee mit dem Arbeitern auszuholen und zwar in der Weise, daß ein bestimmtes Gremium bestimmt wurde, um dem sozialen Verband gegenüber eine Meinung zu erhalten, welche er dann dem Unternehmen schreibt. Diese Meinung mußte wiederum dem sozialen Verband übergeben werden, damit dieser die Meinung des Arbeiters aufnehmen und den Arbeitern annehmen kann, den bestreitenen Qualitäten.

einen gewissen Normalsatz festzulegen, d. h. zu bestimmen, wieviel Stücke pro Woche gemacht werden sollen; für jedes Stück, das über diesen Normalsatz hinausging, sollte der Zusatztag verbraucht werden.

Die Unternehmer meinten, sie seien wohl ein, daß der bisherige Werktags aufzubessern werden müsse, und sie wollten somit den Arbeitern Gelegenheit geben, recht viel zu verdienen, viel mehr, als wie gefordert sei. Leider konnten die Arbeiter aber die angedachte in diesem Vorschlag liegende Arbeiterfreundlichkeit nicht anerkennen. Sie waren vielmehr ganz im Gegenteil der Meinung, daß die Einführung eines solchen Systems eine große Schädigung der Arbeiterinteressen mit sich bringen würde. Und mit Recht, denn hinter diesem System verbirgt sich nur die Absicht, durch eine raschunterbrechende Arbeit das deutlich geblümigste Arbeitsquantum aus dem eingeholten herauszuholen, ganz abgesehen von den sonstigen Schäden, die durch Einzelheit eines Glücksfallswesens und dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit der Arbeiter entstehen würden. Nachdem nun alle Überlegungen und die Arbeitgeber an dem gefundenen Stand der Arbeiter geschafft war, bequemte man sich zur weiteren Verhandlung auf Grund des eingereichten Entwurfes; und es kam dann auch eine Reihe Tafeln befehlsgleiche Einstellung schnell zu stande.

Vorenlbar wurde folgender Tarif:

Lehrlings erhalten im 1. Jahre 7 M.

" " 10 "

" " 18 "

Ausgelehrte Arbeiter, Blaucher, Scherer, Senger und Reiniger erhalten im ersten Jahre nach der Lehrzeit 18 M.;

von da an bis 19 Jahren 18.— M. wöchentlich

von 19—20 " 21 "

" 20—31 " 25,50 "

" 21 Jahren an 24.— "

Geschlecht und unfreiwillige Peters Tage werden bezahlt.

Überstunden sollen möglichst vermieden werden, wenn sie aber notwendig sind, erhalten die Arbeiter bis zu 4 Stunden die Woche pro Stunde und pro Tag 10 Minuten Lohn, für jede weitere Überstunde 2½ Pf.

Für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wurden die bisherigen Löhne generell um 10 Prog. erhöht.

Außerdem wurden noch verschiedene Nebenforderungen betreffend Behandlung, Ventilation, Anerkennung der Organisation usw. ohne weiteres befriedigt. Auch wurde noch vereinbart, daß bei einanderliegender Geschäftsklasse Arbeitserlassungen tunlich vermieden werden sollten und zu diesem Zweck nach vorheriger Absprache mit dem Auskäufer Güterschichten eingelegt werden. Diese Vereinbarungen sind mit dem 8. Mai er. in Kraft getreten. Dieser Tarif bedeutet gegenüber den bisherigen Zuständen in den Sammelparturen eine außerordentliche Besserung, und können die Arbeiter mit diesem Erfolg auch voll und ganz aufzufinden sein. Dieser Erfolg ist aber des weiteren wieder ein Beweis dafür, was eine einzige, geschlossene Organisation für die Arbeiter tut ist. Dieser Gedanke kam auch in der Versammlung der Appreturarbeiter vom 28. April, in welcher dieser Tarif einstimmig abgelehnt wurde, zum Ausdruck, und sind wir zu der Hoffnung berechtigt, daß die Sammelparturner in richtiger Würdigung dieser Erkenntnis nunmehr reaz zu unserer Organisation halten werden. Aber auch noch eine weitere Lehre und nicht nur für die Arbeiter hat diese Bewegung gezeigt, nämlich die, daß überall da, wo Lohnunterschieden von Organisation zu Organisation zum Ausdruck gebracht werden, eine fiktive Erleichterung viel eher möglich ist, wie in den Fällen, wo die Fabrikanten, indem sie sich auf ihren Kosten, einseitigen Haushaltenspunkt verstetzen, jede Einstellung der Vertreter der Arbeiterorganisation brüst ablehnen. Möge deshalb auch das Beispiel der Appreturarbeiter in Krefeld, die die Organisationsvertreter der Arbeiter tüchtiglos anklagten und sich gleich bereit erklärt, mit diesen zu verhandeln, auch in anderen Fabrikanten-Lesarten Nachahmung finden.

Die Lohnbewegung der Weber in Sindelfingen ist augenblicklich der Arbeiter erledigt. Es ist zwar nur ein Teil der gestellten Forderungen befriedigt worden, aber man ging von dem Standpunkt aus, daß etwas auf friedlichem Wege erreicht immerhin in einem Streit zu erbringenden Unsicherheit vorzuziehen sei, wenn auch das Ergebnis den gehegten Erwartungen nicht ganz entsprach. Die Arbeitgeber genehmigten zwar den Stundenlohn von 85 Pf. für ältere und 80 Pf. für jüngere Weber, lehnten aber die Forderung eines entsprechenden Mindestlohnes ab. Durch die Ausständnisse von Entschädigungen und das Abstellen von Missständen, wie Warten auf Material usw., wurde allerdings ein kleiner Ausgleich geschaffen. — Die Bewegung hat den dortigen Weber wieder klar vor Augen geführt, wie notwendig ihre Begründlichkeit zum Deutschen Textilarbeiterverbande ist. Die dortige Filiale des Textilarbeiterverbandes hat jetzt circa 120 Mitglieder und es ist berechtigte Rüssicht vorhanden, daß auch die wenigen ihr noch Fernstehenden bald einschließen werden, daß es ihre moralische Pflicht ist, sich ihren Kollegen anzuschließen und nicht die Hände in den Taschen zu legen, während ihre Arbeitgeber ihr Bestes, ja ihre Existenz eisigen, um sich und den Ihren ein erträgliches Los zu verschaffen. Wenn Mann für Mann auf dem Posten steht, dort wo er hingehört, dann wird es möglich sein, der Organisation auch den Fabrikanten gegenüber Erkenntnis zu verschaffen.

In der Kunswollefabrik von C. Bocheler Jr. in M. Gladbach erhalten die Weber eine durchschnittliche 10 Prozentige Lohnherhöhung; gefordert waren 18 Prog. Die restierenden 8 Prog. sollen im kommenden Herbst in Kraft treten. Bei Bonnfeld u. Jansen, Kunstabwerke, ebenfalls, ist ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen worden, welcher von der Firma, dem Arbeiteraustausch und den Verbandsvertretern Hermann, dem Christlichen und Katholiken vom Deutschen Textilarbeiterverbande unterzeichnet wurde. Auch die Weber der Firma Bocheler u. Trostel ebenfalls erhielten eine Ausspeckung der Löhne. In der Budslin- und Kammgarnweberei Schippers u. Daniels gelang es dem Arbeiterschafts und den Vertretern der Organisationen, eine 8 Prozentige Lohnherhöhung sowie das Anbringen von Schuhuhren an den Stühlen durchzutragen. In Lohnbewegungen stehen noch in M. Gladbach die Weber der Budslin- und Kammgarnweberei Sauer u. Schäfmann und M. Grönling. Gefordert wird ein Grundlohn von 10% Pf. bis 1000 Sch. sowie Bezahlung für mehrstündige und mehrspurige Ware. Verhandlungen sind auch hier im Gange.

Wegen Mehrregelung eines Mitarbeiters legten am Montag, 24. April, bei der Firma Schneiders (Mangel- und Appreturwerkstatt) in Neukirchen l. Sgl. 24 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Nur 4 Arbeiter blieben in Arbeit. Da bei einer anderen Firma bereits Lohnreduktionen angekündigt sind, für den Fall, daß bei der Firma Schneiders die Löhne nicht ebenfalls erhöht werden, so drohen hier wieder ernste Differenzen auszubrechen. Zugang von Mangels und Höfflerarbeitern ist deshalb nach Neukirchen bis auf weiteres fernzuhalten.

Die Gummiwarenfabrik der Firma Helas, Zimmermann, A. S. in Düsseldorf, steht im Streit.

Bei der Firma Simon und Straub, Posamentenfabrik, Köln, sind Differenzen ausgebrochen.

Die Weber und Arbeiterinnen der Vereinigten Kunstabwerke in Coesfeld, stehen in einer Lohnbewegung.

Lohnherhöhung bei Bong & Behn, Bielefeld. Eine überzeugende Lohnherhöhung hat genannte Firma ihren Arbeitern bewilligt, jedoch sind die Brüder in Westfall gekommen. Die Arbeitgeber soll am 15. November b. J. auf 104 Stunden und vom 16. November auf 10 Stunden und darüber hinausgehend werden.

Die Lohnbewegung in Juchsenholz, L. Grego, ist zu berichten, daß am 24. April im Ammendorf in Krone konstituierende Begegnen folgende Verhandlungsumfrage zu lesen waren. Am 21. Mai an bis auf weiteres bestehende Lohnzeit in Krone. Begegnen wie folgt: Dienstag, Donnerstag und Freitag von früh 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Offizielle Abreise bis 6 Uhr. Sonntags von 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Offizielle Abreise bis 6 Uhr. Die Vereinigten Webefabriken von Hamm, 22. April 1907. Comit bei man die eine halbe Stunde der vier Tage der

Arbeiterschaft noch zugestanden, wegen deren man es noch vor wenigen Wochen zur Ausspeckung wollte kommen lassen. Da Montags erst morgens 8 Uhr die Arbeit beginnt, hat die Jahnstorfer Arbeiterschaft endlich die reine wöchentliche 8 Stunden Arbeit erhalten. Arbeit allorts, vor allem der Strumpffabrik, sorgt für unentzogene Ausbau eurer Organisation, sonst dafür, daß kein Arbeiter, seine Arbeitsergebnisse derselben mehr fernbleibt, und die Zeit wird nicht mehr auszunutzen sein, wo überall eine einheitliche und besonders fürzere Arbeitzeit die Regel bilden wird.

Der Streik der Weber bei der Firma Drechsel u. Günther in Meinersdorf wurde am Sonnabend nach siebenstündigem Dauerzug in Stein der Arbeiterschaft breit. Die Arbeitssitz beginnt Montags früh 8 und endet abends 8 Uhr (20 Minuten Bester und 1½ Stunden Mittag). Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von früh 8 bis abends 8 Uhr (20 Minuten Frühstück und 1½ Stunden Mittag). Die Löhne wurden um 8—10 Prog. erhöht. Das Recken der Arbeitskräfte soll auf Kosten der Firma besorgt werden. Tarife sollen an der der Arbeiterschaft gut zugänglichen Stelle (Abstiegungsraum) zur Aushangung gelangen. Weiter sollen Lohnbücher für Arbeiter und Arbeiterinnen zur Einführung kommen. Die Lohnauszahlung wird Freitag während der Arbeitssitz erfolgen. Mo. Regelungen sollen nicht vorgenommen werden. Die Arbeiter dürfen aber auch die Arbeitsschwäche nicht belästigen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wird wieder eingestellt. Die Arbeit wurde geschlossen aufgenommen. Alle Zugeständnisse wurden schriftlich gegeben und von den Firmenleitern und dem Arbeiteraustausch unterzeichnet.

Bei C. Suckert in Langenbach wurde man eine Lohnherhöhung nicht bewilligen. Trotzdem hat die Firma vom 25. April ab die Preise für Winterartikel um 1½ Prog. erhöht. Geschah das vielleicht unter Berufung auf die Lohnbereicherung der Arbeiter, für die die Firma bekanntlich nichts übrig hatte?

Die Weber der Möbelstoff-Weberei in Firma Ros. u. Lukas, Elberfeld, befinden sich seit dem 20. April im Ausstand. Grund dieses Ausstandes ist die Einstellung von weiblicher Arbeiterschaft auf Weiblichkeit, die bisher von Männern bedient wurden, bei gleichzeitiger Lohnreduzierung um annähernd 90 Prog. Als im Herbst vorherigen Jahres die Firma ihren Bläschgewerbe die Mitteilung machte, daß sie, um Konkurrenzfähigkeit als weiblicher Arbeitskraft zu befreien, stellten die betreffenden Weber diesemlein Hindernis entgegen, weil sie selbst diesen Versuch abwarten wollten. Da aber nach dem Eingehen des ersten Versuchs die Weber sahen, welche Gefahr ihrer Existenz drohte, wurde einstimmig der Beschluß, der Einstellung weiterer weiblicher Arbeitskraft mit allen Mitteln entgegen zu treten und wurde dieses der Firma durch den Fabrikausschuss mitgeteilt. Als nun am 20. April eine zweite Bläschweberin eingestellt wurde, forderte die Gesellschaft die Zurückziehung der Weiberinnen. Trotz mehrmaliger Verhandlungen blieb die Firma bei dem Entschluß, die Forderung glatt abzulehnen. Dadurch war der Ausstand unvermeidlich. In Betracht kommen bei diesem Ausstand 45 Personen, mit einzelnen Ausnahmen alle Familienväter, sämlich sind organisiert. Da nunmehr die Firma Ros. u. Lukas dazu übergegangen ist, in den Tagesschriften Arbeitswillige zu suchen, so ersuchen wir die Kollegen allorts, Zugang nach Elberfeld strengstens fernzuhalten.

Bei den Tambourierern in Blaues l. S. kann es zu Zusammenstößen wegen Nichtinnehaltung der Tarife seitens der Unternehmer kommen.

Wegen Begründung zum deutschem Textilarbeiterverband sind sämliche Handdrucker und Druckerinnen in Oberkohau ausgesperrt worden. Die Zahl: 60 männliche und 18 weibliche Arbeiter, Zugang wolle man fernhalten.

Ausland.

Oesterreich. Die im Auftrale angebrachte Ausspeckung, die die Unternehmer anscheinend gar nicht auszuführen gedachten, hat nun doch stattgefunden; die Arbeiter sind auf zweit Tag ausgeworfen worden. Damit die „wirlich arbeitswilligen“ Arbeiter durch diese Maßregelung keinen Schaden erlitten, wurde der Betrieb der Werke schon nach dieser Frist wieder eröffnet. Alle nicht entlassenen Arbeiter, auch die Streikenden, sollen am Montag, 20. April, wieder aufgenommen werden. Es treten die Verge und geboren ein Mäuselein. Zum Überfluss wurde aber noch den Arbeitern gesagt, sie sollten Freitag in die Werkstätte kommen, um zu ruhen und zu waschen, sich Samstag ihr Geld holen — und die zweit Tag wieder sie bezahlt bekommen! Man könnte diese Tarife der Unternehmer für ungemein schief halten, willkürlich wir nicht, daß sie lediglich ihrer Ohnmacht entspringt. Und damit die Arbeiter nur ja ganz gewiß am Montag erscheinen, macht man ihnen noch weiter das Versprechen, nicht erst am 1. Dezember die Prämie auszuzahlen, sondern mit ihrer Auszahlung für die ersten vier Monate schon „demnächst“ zu beginnen. Die Politik der Plakatbarone basiert auf der Annahme, ihre Arbeiter seien bestechliche Subjekte, die für einen hingeworfenen Kinosch. ihre Ehre wegwerfen und ihre gemahrgestellten Mitarbeiter und Arbeiterinnen dem Hunger, der Gewissenslosigkeit überantworten lassen. Ihr Organisationsrecht opfern. Es kam aber anders. Nach vorausgegangenen Versammlungen, in denen folgende Forderungen gestellt wurden:

1. Wiederaufnahme sämtlicher Entlassener;
2. 25 prozentige Lohnherhöhung;
3. Ausarbeitung und Aufführung eines Lohntarifes;
4. Den Spinnrinnen ist eine Kontrolle über die gelieferten Abfälle zu verschaffen;
5. 10 ständige Arbeitssitz;

erfolgten am Montag, 20. April, zur Arbeit bei der Firma Haase von 800 Arbeitern und Arbeiterinnen 180, von 400 bei der Firma Gitterl 200, von 217 bei Höning 4, von 700 bei Galt 150. Die ausschlaggebenden Arbeitergruppen sind vollständig den Betrieben erneut überlassen. Bei den „Arbeitswilligen“ sind auch die Meister und Professionisten mitgezählt. Bevorlesenswert ist, daß sich nicht nur die vollständig Indifferenter durch die vertragten Prämien verleiten ließen, ihren Mitarbeitern in den Rücken zu fallen, sondern daß für diesen Judaslohn auch die national organisierten Arbeiter beider Bündungen Streikrecht wünschten. Die Stimmung unter den Streikenden ist trotzdem eine ausgesetzte, denn sie wissen, daß ihren „wohlwollenden Brüdern“ mit den paar Hundert Streikbrechern nicht gebient ist. — In Eisenberg baut

In dem Betrieb der Firma Melich dauert der Streit weiter, eine Einigung ist jedoch nicht ausgeschlossen. — Zur Bewegung der Chemikellebner in Wien. Anfang Januar d. J. haben die Chemikellebner der Modewarenbranche Wien ihren Chefs einen neuen Lohnkatalog zur Genehmigung überreicht. Letztere haben es verstanden, die Sache sehr in die Länge zu ziehen, so daß den Arbeitern endlich der Geduldssaden röhrt. In einer Versammlung beschlossen sie lächlich, mittels Schreiben eine Erklärung von den Arbeitgebern zu verlangen. Nun erfolgte endlich die Antwort — nach vier Monaten —, welche befagt, daß die Unternehmer auf den vorgelegten Tarif nicht eingehen können. Das Lohnkomitee verlangte nun eine neue Antwort bis zum 4. Mai. Vielleicht ist es am Montag zum Streit gekommen. Zugang fernzuhalten!

Frankreich. Am Norden Frankreich haben unsere Kollegen eine Reihe Aussstände zu verzeichnen; in Halluin und Berwick stehen alle Textilfabriken still und ist der Streit allgemein: 1800 Ausständige empfahlen sich der Arbeitersolidarität. Die Situation der Arbeiter beider Gemeinden ist kritisch; die Verantwortung fällt auf den Unternehmer Fratry. — In Roubaix ist seit einem Monat Streit aufgetreten. Bei den meisten handelt es sich um Erhöhung von Lohnforderungen, aber auch um Juridisierung von Lohnreduktionen. Auch Tarifforderungen spielen eine Rolle. In der Fabrik von Mette u. Delecluse, wo es bekanntlich zur Aussperrung kam, verlangen die einzelnen Abteilungen Lohn erhöhungen von 25—60 Pf. pro Tag. Die Chefs erklärten, diese bescheidenen Forderungen nicht erfüllen zu können und die Fabrik lieber zu schließen. Das geschah denn auch. 400 Arbeiter wurden hier auf die Straße gesetzt. Es ist keine Aussicht auf baldige Beilegung des Streites vorhanden. Am 20. April wurde zugunsten der Ausständigen in Roubaix ein Monat gegeben, das sehr ergiebig gewesen sein soll. Das Textilarbeiterkundrat in Roubaix hat seit zwei Monaten mehr als 18 000 Franken an Unterstützung ausgeschüttet.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutsches Reich.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der Holzindustrie, welche vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts Berlin geführt wurden, sollten am Montag ihren Abschluß finden. Das Einigungsamt war zusammengetreten, um diejenigen Punkte, über die eine Einigung nicht erzielt worden war, durch Schiedspruch zu erledigen. Bei dem Punkt über die Dauer des Vertrages versuchte das Einigungsamt eine Verständigung der Parteien herbeizuführen. Der Versuch mißlang und mußte die Sitzung, da auch einem Beifäller unwohl geworden, aufgehoben werden. Am Dienstag sollten die Centralvorstände nochmals zu einer Besprechung zusammentreten.

Ein Ausstand ist im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ausgebrochen. Er hat sich auf 18 Gruben, darunter die größten, ausgedehnt.

Sämtliche Maurer, Zimmerer und Bananarbeiter zu Erfurt, nahezu an 2000 Mann, haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt.

Ein Streit der Arbeitswütigen. Im Königsberger Hafen ist Streit. Am Montag legten 200 Arbeitswütige die Arbeit nieder. Sie versuchen, auch ihre noch arbeitenden Kollegen zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Die Sache hat dadurch eine den Hafenarbeitern günstige Wendung genommen.

Die Schiffszimmerer hielten ihre 10. Generalversammlung in Hamburg ab. Nach dem Bericht des Vorstandes für die beiden letzten Geschäftsjahre ist der Verband in diesem Zeitraum um 1000 Mitglieder, von 2000 auf 3000, gestiegen. Dementsprechend sind auch die Einnahmen und Aufgaben des Verbandes gewachsen. Trotzdem das Unternehmertum mehrere Kraftproben inszenierte, schaut es nicht immer glücklich ab; sowohl wie Kleinbetrieben wurden Lohn erhöhungen und sonstige Verbesserungen erzielt.

Die Berechnungen für das auf dem vorigen Verbandsstage beschlossene Unterstützungsweisen haben sich als unrichtig herausgestellt, denn der Fonds hat nicht die veranschlagte Höhe erreicht. In Münster hat nicht die veranschlagte Höhe erreicht. In Münster steht die Abflaute Konjunktur und die zu erwartende erhöhte Arbeitslosigkeit beantragt der Vorstand die Erhöhung des Beitrags von 40 auf 60 Pf. Die Einnahme in 1905 betrug 36 000,22 Pf., die Ausgabe 31 362,46 Pf.; 1906: Einnahme 54 800,11 Pf., Ausgabe 54 070,14 Pf. Die Verminderung beläuft sich auf 77 280,70 Pf. gegen 48 711,45 Pf. Ende 1904. Die Streiks usw. erforderten eine Summe von 37 166,00 Pf., die Arbeitslosenunterstützung 1088,80 Pf., die Krankenunterstützung 4251,80 Pf. — Bedonders bemerkenswert ist, daß nach einer statistischen Erhebung das Durchschnittsalter der Schiffszimmerer infolge einer in den letzten Jahrzehnten eingesessenen ruhigen Arbeitsmethode von 60—62 Jahre auf 30 bis 32 Jahre gesunken ist.

Ausland.

Die Hafenarbeiter New Yorks streiken, insgesamt 8000.

Zum jetzigen Stand der Petersburger Gewerkschaftsbewegung. In der letzten Nummer des Gewerkschaftsangebers, des Organs des Petersburger Gewerkschaftsrates, findet sich eine Auflistung von Daten über die Petersburger Gewerkschaftsbewegung auf Grund der von der Organisationskommission für die Einberufung des Gewerkschaftscongres ausgesandten Fragebögen. Die in Petersburg zurzeit existierenden 35 Gewerkschaften zählen 48 801 Mitglieder, die den Eintrittsbeitrag geleistet haben, was im ganzen 0,9 Proz. der in diesen Gewerken beschäftigten Arbeiter (708 988) beträgt. Der Basisbestand der Gewerkschaften beträgt 27 884 Rubel (circa 60 000 Pf.). In Ausgaben sind folgende zu verzeichnen: für Streiks 885 Rubel, Unterstützung Arbeitsloser 7919 Rubel, sonstige Unterstützungen 1808 Rubel. Von allen Gewerkschaften sind 62 000 Exemplare Gewerkschaftsblätter ausgelegt, worauf 5492 Rubel verausgabt wurden. Zu den größten und am besten organisierten Petersburger Gewerkschaften gehören: der Buchdruckerverband, der Metallarbeiterverband, der Verband der Bäder und Konditoren, der Textilarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Gießerverband u. a. —

Aus dem Reichstage.

(Vom 27. April bis 4. Mai.)

Zum Statut der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sprachen am Sonnabend nur bürgerliche Abgeordnete, und zwar für oder gegen Postvermehrungen, Beamtenzulage und anderes mehr. Am Montag kam dann nach der ersten Beratung eines Entwurfs betreffend Änderungen des Reichsbeamtengegesetzes in Verbindung mit dem Entwurf eines Beamten- und Militärhinterlebensengesetzes der Poststatat zur weiteren Beratung, die Abgeordnete Singer zum Anlaß nahm, die Kleinbüromärie des Reichspostamts zu kritisieren, die er in dem Gespräch desselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am 30. April, dem Tage vor der Maifeier, die zum nicht geringsten Teil dem Völkerfrieden gewidmet ist, und daher auch indirekt eine Demonstration gegen die den Frieden bedrohenden ewigen Kriegsrüstungen ist, veranlaßte der Reichstag eine Abstimmung. Die Abstimmung derselben gegen die Errichtung eines Postbüros für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim stand. — Am

macht werden müste. Dadurch sollten gegen 50 Lohnmaschinenbesitzer um größere oder kleinere Summen betrogen worden oder an ihnen doch der Versuch dazu gemacht worden sein.

Der Angeklagte erklärte sich für nichtschriftig und suchte alle Schuld auf seine Angestellten zu wälzen, die drunter und darüber gewirtschaftet haben sollen. Die Zeugenaussagen sprachen jedoch gegen ihn selbst.

Der Zeuge, Beichner Niedel, früher in Falkenstein, jetzt in Plauen, sowie dessen Frau, haben wiederholt neue Schablonen abgeliefert, die Spranger als zu teuer bezeichnete. Er meinte: "Da müssen wir schon etwas Stiche abschreiben!" Er hat auch sofort die Stichzahl wegradiert und eine andere dafür gesetzt. Die Stichzahlen durfte Niedel, dem allgemeinen Brauch zuwider, nur mit Bleistift auf die Schablonen schreiben.

Der Zeuge Beichner Perlig war bei Spranger direkt in Stellung und hat dort gezeichnet und Arbeit an den Lohnsticker ausgegeben. Ihn hat der Angeklagte oft aufgefordert, die Stiche auf den Schablonen zu reduzieren, was er auch, um die Stellung zu verschleiern, getan hat, obwohl er wußte, daß diese Manipulation nicht erlaubt war. Als er einmal sich weigerte, die Stichzahl zu verringern, hat ihm Spranger den Bleistift aus der Hand genommen und die Sache selbst gemacht.

Auch der Buchhalter Kicker weiß von dergleichen Vorgängen im Geschäft, von zweierlei Stichzahlen im Kalkulationsbuch und von dem sonstigen nicht einwandfreien Gebaren Sprangers zu reichen und schlägt, wie vor dächtige Schablonen eines Abends nach Geschäftsstück verbrannt wurden. Das Verbrennen dieser Schablonen entschuldigt Spranger damit, daß er diese von den Beichnern auf ihre Stichzahl hin falsch geschätzten Schablonen los sein wollte. In Wahrheit wollte er damit wohl nur unbequeme Beweisstücke bei Seite schaffen; einige solcher pauschal verbrannter Schablonen fehlen.

Die Verteidigung suchte diese beiden Zeugen zu disqualifizieren. Der zu diesem Zwecke aufgebotene Zeugenapparat versagte vollständig, besonders wurde dem Zeugen Perlig von seinem höheren Arbeitgeber Trommer in Auerbach ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt.

Und nun rückten die gegen fünfzig geschädigten Lohnsticker als Zeugen an.

Diese Zeugen sagten fast übereinstimmend aus, daß sie für Spranger gearbeitet, aber nach einigen Tagen immer geweckt waren, daß sie keine, d. h. nicht genau Stiche fertiggebracht haben, teilweise haben sie die Schablonen ausgezählt, oder an die Anstelle in Plauen geschickt und die Differenz festgestellt; anderen haben ohne vorherige Bählung, besonders aber nach der Bekanntmachung des Vereins der Lohnmaschinensetzer Spranger entdeckt, daß die Ware teils mit, teils ohne Berechnung der fehlenden Stiche, teils auch erst halbfertig zurückgeschickt. Teils sind die Werte auf Stecklungen hin entschädigt worden, teils sollen sie ihr Gehalt heute noch bekommen. Alle aber erklären, daß sie die Schablonen unterzählig seien. Hier einiges aus den Zeugen:

Ein Lohnsticker hat gemerkt, daß das Muster 566, welches mit 10 Stichen ausgezeichnet war, über 1200 Stiche hatte. Das Muster 566 war aber vorher schon gezählt und für unterzählig befunden worden. Der Sticker meinte, für 1000 Stiche solle er's machen! Darauf ist Spranger denn auch eingangen, obwohl er wußte, daß das Muster über 1200 Stiche hatte. Das Muster 566/67 ist dann noch öfters gestellt worden, und zwar vielen Hunderten von Stücken, aber immer blieb es bei den 10 Stichen.

Ein anderer Lohnsticker meinte auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Ware übernommen hätte, wenn er gewußt hätte, daß Schablonen unterzählig waren: Damals seien ja wohl fast alle Schablonen unterzählig gewesen, man habe das gar nicht anders wußt, aber wenns nur nicht gar so viel gewesen wäre.

Vielfach hat es der Sachverständigen wegen mit Spranger "gegeben". Die Lohnsticker-Frauen, die zu ihm kamen, und klagten (denn die Sticker sahen meist an der Maschine, daß Geld ist), rückten, hinauszufliegen. Briefliche Meldeanlagen nannte er in schriftlichen Antworten Quatsch. Zur Entlastung Sprangers sollten noch eine Anzahl "überzähliger" Schablonen dienen, die Zeuge Perlig gezeichnet und mit mehr Stichen bezeichnet hatte, als darin enthalten waren. Von den Sachverständigen wurde aber festgestellt, daß die Differenzen erheblich weniger seien als von Spranger angegeben.

Lebhaftes bemerkte der Sachverständige Röder, daß Perlig während der Pause erzählt habe, er habe in letzter Zeit, um sich immer Nettomarken und Unannehmlichkeiten mit den Sticken zu haben, mehr Stiche auf die Schablonen geschrieben, als er hinzugezahnt, weil er doch immer eine Anzahl habe reduzieren müssen; er habe mit erreichen wollen, daß dann die Differenzen nur unerheblich seien.

Zeuge Perlig gab dies zu. Der Staatsanwalt wies in etwa halbfändigen Ausführungen, welche er alle Momente, die die Schäden Sprangers darin, noch mal neuwe passieren ließ, auf das Verhältnis der Handlung des Angeklagten hin, der sowohl die Lohnsticker betrogen, wie Industrie geschädigt habe. Sein ganzes Geschäft sei aus Liederkeit und Weitwug zusammengesetzt gewesen. Er beantragte

Den Verteidiger, Herr Dr. Mora, Plauen, konnte nach dem Ergebnis der Verhandlungen nicht mehr viel für seinen Klienten tun. Die Glaubwürdigkeit der Hauptzeugen war nicht erschüttert, der Angeklagte Schablonen wegradiert und gezählt hatte, hatte Schablonen, die schon im Jahre 1905 gezählt waren, bis zum Oktober 1905 hinein an der niedrigen Stichzahl ausgegeben. Sachverständiger aus Plauen hätten mit Eifer, mit agitatorischem Eifer, sich auf den Boden des Stichzählungsaltars gestellt, daß Herr Dr. Mora als für Plauen wohl nicht in demselben Maße für Falkenstein als durchaus anerkannt erklärte, aber er mußte auch hier die Obhut dieser Sachverständigen annehmen. Seinen Antrag auf Ausspruch motivierte er damit, daß in den einzelnen Fällen die Bewertung nicht läckenlos geschlossen sei; außerdem wollte er die vielen Strafstatuten Sprangers als eine einzige Klage aufzufaßt wissen, die vor das Landgericht gehoben. Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis und Freiung der Kosten. Der Angeklagte hat nach den Feststellungen des Urteils in 90 verschiedenen Fällen das Vermögen Sticker- und Lohnmaschinensetzer durch willkürliche Angaben der Stichzahlen auf Schablonen und Lieferrechnen geschädigt, um bei niedrigen Stichzahlen billige Ware liefern zu können und konkurrenzfähig zu sein. Bei der Strafmaßbestimmung des Gerichtshof von der Weise aus, daß das Verhalten des Angeklagten deswegen besonders zu verurteilen ist, weil dieser die Sticker und Maschinensetzer durch die zu niedrige Anzahl von Stichen auf Schablonen und Lieferrechnen an ihrem Gehalt verdient gehabt habe.

Plus Unternehmertreissen. Der Bericht beider Arbeitgeberverbände hat im letzten Jahre zahlreiche Mitgliedsberichte mit fast 20 Bros. ebd. Die Zahl der von den organisierten Arbeitgebern im Bereich Unternehmertreissen berichtete Betriebe umfaßt 134 Millionen. Der Arbeitgeberverband Chemische Industrie hat mit dem Gesamtmitgliederverband Unternehmertreissen einen Betriebsvertrag geschlossen, der die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden und die Reduzierung der Überarbeitszeit auf 10 Stunden umfaßt. Der Betrieb ist inzwischen auf 40 Stunden und die Zahl der partizipativen Circels mit

Gesamtaussverkünften zu begegnen, wirksamer durchzuführen. Der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona umfaßt zurzeit 80 Verbände. Die 28 Arbeitsschwerpunkte dieser Verbände haben im Jahre 1906 182 484 Arbeiter bei den Verbandsfirmen untergebracht.

Streikversicherung der Metallindustriellen. Die Gesellschaft deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen hielt in Leipzig unter dem Vorstand des Handlungsabgeordneten O. Müller ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Die Gesellschaft hat am 31. Dezember 1906 ihr siebentes Geschäftsjahr vollendet, und es sind ebenso wie 1905 infolge der vielen Streiks hohe Anforderungen an die Gesellschaftslasse herangetreten, doch konnten alle Ansprüche glücklich befriedigt werden. Angesichts der hohen Entschädigungssummen wurde von einem Teilnehmer gewünscht, die Gesellschaft möge sich lieber einer höheren Centralversicherungsstelle anschließen. Dem wurde jedoch von anderen Mitgliedern lebhaft widerprochen, da man stets mit den einfachen Jahresbeiträgen ausgelenkt sei und auch im vergangenen Jahre jedem Mitgliede einen Höchstentschädigungsfall mit 80 Proz. habe gewähren können. Man gedachte insgesamt ruhig in der bisherigen Weise fortzufahren, zumal die Mitgliederzahl sich in stetigem Fortschreiten befindet. Auch dürfte die neue Taktik des paritätischen Verbandes mit den Arbeitern, die der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller fortan befolgen will, nach Überwindung der ersten Neubildungen, die natürlich nicht ausbleiben können, wo die Routine und die Praxis der Erfahrung noch fehlt, in Zukunft zu einer Verminderung der zahlreichen Einzelstreiks führen.

Plus Handel und Industrie.

Handel der Vereinigten Staaten von Amerika mit Deutschland im Jahre 1906. Die Einföhr der Vereinigten Staaten aus Deutschland ist nach der amerikanischen Handelsstatistik im letzten Jahre gegenüber 1905 um rund 26 Millionen Dollars gestiegen; die Ausföhrung nach Deutschland stieg um fast 90 Millionen Dollar. Den Werte nach betrug die

	1904	1905	1906
Einföhr	111 042 835	124 127 418	150 804 803
Ausföhr	103 612 733	212 624 350	242 022 437
der Ausfuhrüberschüß	81 700 398	88 496 011	92 028 004

Deutschlands Einföhr aus Amerika ist demnach von 1904 auf 1906 absolut in stärkerem Maße gestiegen, als die Ausföhrung nach dort, prozentual ist das Verhältnis anders. Es steht der Einföhrsteigerung von etwas über 25 Proz. eine Ausfuhrsteigerung von fast 35 Proz. gegenüber.

An erster Stelle der amerikanischen Ausföhr nach Deutschland steht Baumwolle, für das letzte Jahr mit 100 000 748 Dollar, das sind über 44 Proz. der Gesamtausföhr. Gegenüber 1904 ergibt sich für das letzte Jahr eine Steigerung um annähernd 16 Millionen Dollar. Die zweite Stelle in der amerikanischen Ausföhr nimmt Kupfer ein, für 1906 mit einem Wert von 18 107 853 Dollar. 1904 ergab der Wert der deutschen Kupferausföhr aus Amerika eine Summe von 18 270 004 Dollar. Unter Hauptausfuhrartikel nach den Vereinigten Staaten sind Baumwollwaren. Diese stellen für 1904 einen Wert von 18 091 174 Dollar dar, für 1906 beläuft sich die Wertsumme auf 16 922 012 Dollar. Die Steigerung beträgt mithin, rund 4 Millionen Dollar. An zweiter Stelle unserer Ausföhr nach Amerika stehen Pelze und Pelzwaren, für 1906 mit 7 782 637 Dollar, dann folgen Seidenwaren mit 6 681 667 Dollar, ferner Zunder mit 6 804 286 Dollar, Spielsachen mit 5 949 411 Dollar, Papier und Papierwaren mit 5 408 534 Dollar, irgende Waren, Steingut und Porzellan mit 5 185 913 Dollar, Zelle und Häute mit 4 061 600 Dollar.

Sachtechnische Antworten aus der Praxis aus unserem Leserkreise.

Untwort auf die Frage in Nr. 18:

Wie ist es zu vermeiden, daß bei Schlumberger Gelsaktoren die Sperrlinke versagt?

Das Versagen der Sperrlinke kann verschiedene Ursachen haben. Es ist daher nicht leicht, die Frage beseitigend zu bearbeiten. Versuche, welche Monteure machen, um dem Nebel radial abzuhelfen, sind auch fehl geschlagen. Jünächst ist darauf zu achten, daß die Messinglinse auf der die Feder läuft, nicht abgesunken sei und die Feder nicht etwa mit der Trommelrolle in Berührung komme. Es gibt aber noch eine Möglichkeit für das Verfolgen der Sperrlinke. Der Stift, auf dem die Sperrlinke steht, ist an dem der Linse gegenüberliegenden Ende verankert, so daß zwischen dem Sperrrad und dem Ende der Kettenrolle wenig Flucht ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in diesem Falle der Kettenkopf während des Ausführungszeitposos an das Kettenrad antrifft. Geht den Fall, das Kettenrollenlager ist ein wenig ausgelaufen oder gar los, so wird ein Auftreffen des Kettenkopfes die unablässliche Folge sein. Die Sperrlinke kann auf diese Weise ausgebogen und im nächsten Moment wieder gespannen werden. Ferner ist zu beachten, daß das Sperrrad selbst in gutem Zustande ist, d. h. die Zähne nicht rund, also abgenutzt sind. Auch muß der in Frage kommende Einsteiger stets scharf genug sein und gut in die Zähne passen. — Ich hoffe, mit diesen paar Fingerzeichen zur Lösung der Frage beigetragen zu haben. E. H.

Vermischtes.

Unternehmerterrorismus. Eine "Glanzleistung" von Unternehmerterrorismus hat die Firma Dora & Guimau Göhre in Obernkirchen fertiggebracht. Die Firma hatte eines Tages Kenntnis davon erhalten, daß ihre Arbeiter (Abteilung Stoßdruckerei) in eine Gewehrschule eintreten wollten. Dies ging nun der Firma ganz gegen den Strich und sie suchte nun unter allerlei Versprechungen die Arbeiter zum Austritt aus dem Verband zu bewegen. Man versprach den Arbeitern u. a. eine Überstellungslasse zu schaffen; die Firma sollte 1000 M. hierzu spendieren. Gento sollten die Arbeiter einen liberalen Arbeiterverein gründen; denn wollten sie (die Firma) auch die Löhne aufheben. Die Arbeiter verzögerten aber auf diese Dinge und blieben beim Deutschen Textilarbeiterverband. Dieses brachte nun die Firma so in Schwierigkeiten, daß sie folgenden Anschlag in ihren "geheiligten" Fabrikräumen machte:

Nach reißscher Überlegung sind wir zu der Überzeugung gelommen, daß zwischen uns und unseren sozialdemokratischen Freunden und Konkurrenten billige Ware liefern zu können und konkurrenzfähig zu sein. Bei der Strafmaßbestimmung des Gerichtshof von der Weise aus, daß das Verhalten des Angeklagten deswegen besonders zu verurteilen ist, weil dieser die Sticker und Maschinensetzer durch die zu niedrige Anzahl von Stichen auf Schablonen und Lieferrechnen an ihrem Gehalt verdient gehabt habe.

Oberhofen, den 26. April 1907.

Boreas Guimau Göhre. So haben das Unternehmertum das Reaktionstrichter der Arbeiter. Das selbst entstehene Rückhausgesetz war wirklich nicht nötig, um die Arbeiter von bestimmten Forderungen abzuhalten, es geht auch so. Natürlich nur solange, wie die Arbeiter sich dagegen entschließen, in ihre Weise gehalten zu lassen.

Die Probleme der Gewerkschaftsbewegung sind am Sonnabend, 27. April, vormittags, entlassen worden. Einige, welche vom Kreisbeamten nicht ausgelassen waren, starben noch den Rückhausgesetz folgend. Es mußte eben soviel werden, daß die Herren Guimau Göhre den Arbeitern nicht gegen das Reaktionstrichter freigehen mochten.

wollen; sie sollen sich nur nicht im "sozialdemokratischen" Textilarbeiterverband organisieren. Recht schmeichelhaft für unsere christlichen Brüder.

Dieser Fall von Unternehmerterrorismus dürfte einzig in der Geschichte stehen; die Arbeiter nur, weil sie von dem § 182 der Gewerbeordnung Gebrauch machen, zu entlassen.

Wenn man weiter über den Terrorismus setzt, der Arbeiter sagt, daran werden wir den Herren, die sich ganz besonders darin gefallen, derartige Klagen vorzubringen, diesen Fall von Unternehmerterrorismus ganz gehörig unter die Haie halten.

20 000 Ballen Baumwolle sind im Bremer Hafen verbrannt. Außer sonstigem Schaden beträgt der Verlust etwa 8 Millionen Mark.

Mitstände im Textilgewerbe.

In Jöhstadt, in der Mechanischen Werkstätte, beträgt die Arbeitszeit 10½ Stunden. Die Frühstückspause steht auf dem Papier, wird aber meist nicht eingehalten. Garderobenräume sind nicht vorhanden, sondern es hängen die Kleider in den Arbeitsräumen herum. Ventilatoren gibt es ebenfalls nicht. Ein Speisesaal ist nicht vorhanden. Eine bestimmte Lohnabelle besteht auch nicht. Die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig. Strafen sind an der Tagesordnung. Ein Arbeiterausschuß ist nicht vorhanden. — In der Norddeutschen Werft beträgt die Arbeitszeit 10½ Stunden. Als Garderobenraum wird hier der Torweg benutzt, wo die Melder ohne Aufsicht hängen. Ventilatoren sind nicht vorhanden. Im oberen Saal wird die Abortanlage gleichzeitig als Garderobenraum benutzt. Ein Speisesaal ist nicht vorhanden. Zum Antreten des Kaffees muß ein Elmer benutzt werden. Die Behandlung läßt hier viel zu wünschen übrig. Ein Lohntarif besteht ebenfalls nicht. Der Durchschnittsverdienst schwankt zwischen 8—12 M. in den einzelnen Abteilungen. Bestrafungen sind an der Tagesordnung. Ein Arbeiterausschuß ist nicht vorhanden. In beiden Betrieben sind in der Meistergattung Arbeitnehmer beschäftigt. Die Arbeiterschaft ist fest entschlossen, eine Verbesserung nach jeder Richtung hin durchzuführen.

In Wissel, in der Fabrik von Blum u. Co., fehlt es an einem — Pissoir. Die Arbeiter sind gezwungen, sich zur Befriedigung ihrer kleinen Bedürfnisse Windeln auszuwählen, wo sie den Blicken der Arbeitnehmerinnen der nahen Patronenhülfssfabrik ausgesetzt sind.

Devoir des ouvriers et ouvrières de la branche textile.

Depuis longtemps les ouvriers et les ouvrières sont exprimés jusqu'au dernier degré. Maintenant l'heure est arrivée que les ouvriers dans les contrées où ne sévit que la langue française peuvent briser les chaînes qui leur sont liées autour les mains et autour les pieds. Ils peuvent en faire fin en se faisant membres de l'organisation libre, afin qu'ils peuvent atteindre de meilleures conditions de vie et de salaire.

C'est spécialement dans la vallée de la Bruche que les ouvriers et les ouvrières sont encore pour ainsi dire les esclaves du capitaliste. On trouve rarement des usines ou existe la journée de dix heures. La femme se trouve arrachée de la maison et elle est forcée de la bûche du matin jusqu'au soir dans la fabrique, pour pouvoir nourrir sa famille. Par tout cela nous ne voyons que les petits soyant opprimés pour les grands. C'est spécialement dans la vallée de la Bruche que les ouvriers et les ouvrières sont encore pour ainsi dire les esclaves du capitaliste. On trouve rarement des usines ou existe la journée de dix heures. La femme se trouve arrachée de la maison et elle est forcée de la bûche du matin jusqu'au soir dans la fabrique, pour pouvoir nourrir sa famille. Par tout cela nous ne voyons que les petits soyant opprimés pour les grands. A cause de cela il est nécessaire une fois murmuré contre ce traitement indigne, se mettre contre à ce tordre se robler continuellement dans la poussière. Voilà les adherents et les secrétaires du capitaliste venir faire sentir encore plus cruellement aux pauvres esclaves du travail la plénitude de leur puissance. Puisque les géants s'allient aux géants, il est vraiment grand temps que les pauvres et les faibles s'allient également.

Ne vous laissez pas empêcher par des raisons insignifiantes et surtout ne vous laissez pas prendre par des hommes qui vous font des promesses qu'ils ne pourront pas jamais tenir ou réaliser. Donc réfléchissez bien et ne vous laissez pas éblouir par des hommes qui ne cherchent qu'à troubler l'eau pour prendre le poisson pour eux-mêmes, mais jamais pour le partager avec leurs concitoyens. Pensez ou proverbe: Bouche de miel, cœur de fiel.

Camarades de les deux sexes: Il faut que vous veniez à notre union. Vous encouragerez par votre adhésion ceux qui, déjà groupés, et tous nous aurons vite reconquis ce que les patrons du textile ont rongé sur vos salaires depuis longtemps.

Vive l'union centrale des ouvriers et ouvrières textile allemands!

Berichte aus Fachkreisen.

Nachen. Bei der Firma Struck u. Gultentag raten die Weber und Weberinnen im vergangenen Winter in eine Lohnbewegung. Bei dieser Bewegung handelt es sich weniger darum, den Lohn, der dort im Durchschnitt zur Auszahlung kommt, zu erhöhen, als darum, eine gerechte Regulierung des Lohnes herzuführen. In dieser Fabrik besteht nämlich ein System, das in Nachen vergebens seinesgleichen sucht. Und nicht jeder Arbeiter ist raffiniert genug, hier auf seine Rechnung zu kommen, selbst dann noch nicht, wenn er schon weiß, wie es dort gemacht werden muß. Um nun den Lohntarif und auch das ungleichmäßige Tagelohnsystem so zu ändern, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf ihre Rechnung kommen sollten, würde in einer Belegschaftsversammlung eine Lohnkommission gewählt, welche in Gemeinschaft mit dem Ausschluß den Tarif ausarbeitete. Der Ausschluß sollte auch alle Mitglieder der Kommissionen setzen sich darüber einig, daß mit dem System, welches in der Fabrik herrschte, unbedingt gebrochen werden müsse. Man durfte keine Müdigkeit mehr nehmen auf gewisse Angestellte der Firma, denn die Interessen der großen Mehrzahl der Belegschaft gingen den Interessen einzelner Angestellter vor, die zum Schaden der Arbeiter fortwährend nach Wistler handelten. Wer nun geglaubt hatte, daß diesem ungerechten System ein Ende gemacht würde, der hatte wieder einmal seine Rechnung ohne den rechtlichen Ausschluß gemacht. Denn als bei der Verhandlung mit Herrn Gultentag dieser Punkt angeschnitten werden sollte, da hatte noch Aussage eines Ausschlußmitgliedes der Weberleiterin, daß sie sich Schweigen über diesen Punkt gegeben habe. Und genau

